



<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

DEUTSCHE UND RUSSISCHE MEINUNGSUMFRAGEN

■ ANALYSE		
Das Russlandbild der Deutschen und die Grenzen der Propagandawirkung		2
Thomas Petersen, Allensbach		
■ INTERVIEW		
Über die Wirksamkeit der Propaganda in Russland		7
Lew Gudkow in einem Interview mit »The Village«		
■ UMFRAGE		
Putins Ratings		14
Zum Vergleich: Putins Rating weltweit		16
■ UMFRAGE		
Die Bilanz des Jahres 2015 und die Aussichten für 2016. Umfragen zum Jahreswechsel		16
■ RANKING		
Die 50 führenden russischen Politiker. Die Rankings 2014 und 2015 im Vergleich		19
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Russland nach Putin		24
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Ein Hauch von Panik. Könnte Kudrin Russland retten? Und Putin dazu?		27
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
18. Dezember 2015 – 21. Januar 2016		30

Das Russlandbild der Deutschen und die Grenzen der Propagandawirkung

Thomas Petersen, Allensbach

Zusammenfassung

Wer die Kommentarspalten der großen Nachrichtenmedien im Internet betrachtet, kann den Eindruck bekommen, dass die von der russischen Regierung verbreitete Lesart der Ukraine-Krise bei der deutschen Bevölkerung auf viel Zustimmung stößt. Doch dieser Eindruck täuscht. Repräsentativumfragen des »Instituts für Demoskopie Allensbach« zeigen, dass die Deutschen mit großer Mehrheit Russland als den Hauptaggressor in der Ukraine ansehen. Das Ansehen Wladimir Putins in Deutschland ist heute schlechter als das der sowjetischen Staats- und Parteichefs auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Darüber hinaus wenden sich die Bürger in Deutschland wieder verstärkt dem westlichen Bündnis zu.

Bilder in den Köpfen

Eines der bisher noch wenig untersuchten Phänomene moderner Massenmedien ist die Neigung, sich immer stärker auf immer weniger Nachrichten zu konzentrieren. In der ersten Hälfte des Jahres 2015 schien es kaum noch ein anderes Thema zu geben als die Finanzkrise in Griechenland: In der Zeit vom 20. Mai bis zum 20. Juli fand sich in 78 Prozent aller Ausgaben der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« eine Schlagzeile zu diesem Thema auf der Titelseite, in jeder zweiten Ausgabe war es sogar der Gegenstand der Hauptschlagzeile. Ab dem Sommer wurde dieses Thema dann von der Flüchtlingskrise abgelöst, die seitdem die Berichterstattung dominiert. Der Krieg in der Ukraine ist darüber weitgehend aus dem Fokus der Medien und damit auch aus dem der Bevölkerung verschwunden.

Doch es lohnt sich, die Ukraine-Krise nicht ganz aus den Augen zu verlieren, nicht nur wegen ihrer geopolitischen Bedeutung, sondern auch, weil sie, fast wie im Lehrbuch, die Mechanismen politischer Propaganda illustriert, die der amerikanische Journalist Walter Lippmann schon vor rund hundert Jahren entdeckte und im Jahr 1922 in seinem Buch »Öffentliche Meinung« (Orig.: »Public Opinion«) beschrieb. Man kann dieses Buch mit Fug und Recht als ein Jahrhundertwerk bezeichnen. Als Kriegsberichterstatte im Ersten Weltkrieg und Berater des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson hatte Lippmann Zugang zu Informationen über den Kriegsverlauf, über die die Bevölkerung nicht verfügte, und stellte fest, wie sehr die Wirklichkeitswahrnehmung der Bürger von der Zeitungserstattung verzerrt wurde.

Die Kriegsnachrichten wurden durch die Propaganda gefiltert und verfälscht und durch die Journalisten dann unvermeidlicherweise grob vereinfacht weitergegeben, was von den Zeitungslesern wiederum grob vereinfacht aufgenommen wurde. Die »Bilder in den Köpfen« der Leser, wie Lippmann es nannte, hatten schließlich nicht mehr viel mit der Wirklichkeit gemeinsam. Doch eben diese Bilder, nicht die tat-

sächlichen Ereignisse, bestimmten das Handeln der Menschen.

Internetforen und öffentliche Meinung

Lippmanns Buch ist so etwas wie das Gründungsdokument der modernen Kommunikationsforschung, und obwohl es vor mehr als 90 Jahren veröffentlicht wurde, ist es erstaunlich aktuell, denn auch heute kann man erleben, wie mit Hilfe staatlicher Propaganda versucht wird, Bilder in den Köpfen der Bürger zu erzeugen, die mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun haben: Wer die Berichterstattung der staatlich gelenkten russischen Medien über die Annexion der Krim und den Krieg in der Ostukraine verfolgt, dem wird eine ganz andere Geschichte präsentiert als dem Nutzer freier, unabhängiger Medien. Demnach habe sich in der Ukraine eine faschistische Regierung an die Macht geputscht, die Gräueltaten an der russischstämmigen Bevölkerung begangen habe, so dass Russland habe einzugreifen müssen, um diese Menschen zu schützen. Hinter dem »Putsch« stünden die Vereinigten Staaten und die NATO, die Russland einkreisen und letztlich vernichten wollten.

Betrachtet man die Kommentarspalten der Internetausgaben deutscher Massenmedien, kann man den Eindruck gewinnen, dass diese Geschichte auch von der deutschen Bevölkerung geglaubt wird. Jedenfalls sind dort nicht selten die Beiträge in der Überzahl, die die Erzählung von der Verschwörung des Westens gegen Russland in immer neuen phantasievollen Varianten durchdeklinieren. Doch wer glaubt, dass solche Kommentare das Meinungsbild der Bevölkerung korrekt widerspiegeln, irrt. Dies zeigen die Ergebnisse einer Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem vergangenen Jahr.

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in der Allensbach-Umfrage

Ein Beispiel dafür sind die Antworten auf die Frage »Wer trägt Ihrer Meinung nach die Hauptschuld an dem Konflikt in der Ukraine: Die ukrainische Regie-

zung, die Separatisten in der Ostukraine, Russland, die USA oder wer sonst?» Dabei konnten die Befragten auch mehrere Hauptschuldige benennen. 55 Prozent antworteten auf die Frage, ihrer Ansicht nach sei Russland ein Hauptschuldiger an dem Konflikt, an zweiter Stelle, genannt von 34 Prozent, folgten die Separatisten. Dagegen machten nur 20 Prozent die Ukraine für die Lage verantwortlich. Den Vereinigten Staaten gaben 17 Prozent die Schuld an dem Konflikt, der Europäischen Union 6 Prozent.

Die Mehrheit der Deutschen sieht Russland dabei nicht nur in der Rolle eines Schuldigen, sondern auch in der des aktiven Aggressors. In einer sogenannten Dialogfrage wurden zwei Meinungen über die russische Politik gegenübergestellt: Die Interviewer überreichten dazu ein Bildblatt, das zwei Personen im Schattenriss zeigte. Jeder Figur war, wie in einem Comic, eine Sprechblase zugeordnet. Die erste Person sagte: »Russland will mit seiner Politik meiner Meinung nach seinen Einfluss auf der Welt ausdehnen. Russland will vor allem seinen Machtbereich erweitern.« Die Gegenposition dazu lautete: »Russland will im Grund nichts anderes, als die Position behalten, die es jetzt hat. Russland verteidigt nur seinen Einfluss in Osteuropa.« 55 Prozent der Befragten entschieden sich für das erste, lediglich 30 Prozent für das zweite Argument. Die Geschichte, wonach Russland in der Ukraine lediglich seine legitimen Interessen verteidigt, hat für die Deutschen anscheinend wenig Glaubwürdigkeit.

Dies zeigt sich auch bei einer Frage, bei der verschiedene Aussagen vorgelegt wurden, die in der öffentlichen Diskussion über die Ukraine-Krise zu hören waren. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welchen der Aussagen sie zustimmen würden. Fast zwei Drittel, 64 Prozent, wählten daraufhin die Aussage »Russland unterstützt die Separatisten in der Ostukraine mit Ausrüstung und Waffen«. An zweiter Stelle folgte der Punkt »Russland versucht, die Ostukraine zu erobern.« Ebenfalls eine Mehrheit von 51 Prozent sagte, den Konflikt in der Ostukraine gebe es nur, weil der russische Präsident Putin es so wolle. Immerhin 42 Prozent vermuteten darüber hinaus, dass Russland künftig versuchen werde, auch in anderen postsowjetischen Ländern Gebiete zurückzuerobern.

Dagegen fanden die Kernaussagen der russischen Variante der Ereignisse nur die Zustimmung einer vergleichsweise kleinen Minderheit der Deutschen: 20 Prozent schlossen sich der These »Die jetzige ukrainische Regierung ist durch einen Putsch an die Macht gekommen« an, ebenfalls 20 Prozent glaubten, der Konflikt in der Ostukraine sei erst eskaliert, als die westlichen Länder sich eingemischt hätten. Dass Russland die Menschen in der Ostukraine vor der Unterdrückung durch

die ukrainische Regierung beschützt, glaubten nur 7 Prozent (Grafik 1 auf S. 5). Dabei gab es bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Anhängerschaften der verschiedenen Parteien. Während nur 6 Prozent der CDU/CSU-Wähler und jeweils 3 Prozent der Wähler von SPD und Grünen die Ansicht vertraten, dass Russland in der Ostukraine die Menschen vor Unterdrückung schütze, waren es unter den Wählern der Linken 20, unter denen der AfD immerhin noch 15 Prozent. Offensichtlich fällt die russische Propaganda bei den Anhängern dieser beiden Parteien auf etwas fruchtbareren Boden als bei der übrigen Bevölkerung.

Das Ansehen des russischen Präsidenten

Angesichts dieser Situation ist es nur folgerichtig, dass sich das Ansehen des russischen Präsidenten bei der deutschen Bevölkerung inzwischen auf einem Niveau bewegt, das kaum noch unterboten werden kann. Auf die Frage »Haben Sie von Wladimir Putin alles in allem eine gute oder keine gute Meinung?« antworteten im Jahr 2001 43 Prozent, sie hätten von ihm eine gute Meinung. 2015 lag der Wert bei 8 Prozent. 66 Prozent gaben zu Protokoll, dass sie von Putin keine gute Meinung haben (Grafik 2 auf S. 5). Derart negative Beurteilungen ausländischer Politiker sind außerordentlich selten. Lediglich der bei den Deutschen äußerst unbeliebte amerikanische Präsident George W. Bush hatte im vergangenen Jahrzehnt ähnlich schlechte Popularitätswerte. Selbst die sowjetischen Parteichefs in den Jahren des Kalten Krieges wurden meist noch positiver beurteilt: Putin ist in Deutschland heute noch weniger populär als Chruschtschow unmittelbar nach dem Berlin-Ultimatum im Jahr 1958 (Grafik 3 auf S. 6).

Das deutsch-russische Verhältnis und Russlands Rolle in der Welt

Über den Zustand des deutsch-russischen Verhältnisses macht sich die Bevölkerung keine Illusionen. Im Jahr 2007 hatten noch 67 Prozent der Deutschen die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als »sehr gut« oder »gut« bezeichnet, 2015 waren es gerade noch 8 Prozent. 88 Prozent meinten dagegen, sie seien »weniger gut« oder »gar nicht gut«. Und auf die Frage »Glauben Sie, dass Russland und Deutschland auf Dauer ein gutes Verhältnis haben werden, oder glauben Sie das nicht?« antworteten im März 2015 27 Prozent, sie glaubten daran. Im Mai 2004 waren dagegen 65 Prozent dieser Ansicht, im September 2008 immerhin noch 45 Prozent.

Das sichtliche Bemühen des russischen Präsidenten, nach außen den Eindruck von Stärke zu vermitteln, hat bei den Deutschen durchaus Eindruck hinterlassen. Auf die Frage »Ist Russland heute noch eine Weltmacht, oder kann man Russland nicht mehr als Welt-

macht bezeichnen?« antworteten im Frühjahr 2015 67 Prozent der Deutschen, ihrer Ansicht nach sei Russland eine Weltmacht. Allerdings gaben bereits im Jahr 2008 ebenfalls 67 Prozent diese Antwort. Vier Jahre zuvor waren es dagegen nur 38 Prozent gewesen. Dass Russland heute von den meisten Deutschen als Weltmacht wahrgenommen wird, ist also mehr auf die Politik Putins im vergangenen Jahrzehnt zurückzuführen als auf sein Verhalten in der aktuellen Ukraine-Krise (Grafik 4 auf S. 6).

Die Feststellung, dass Russland eine Weltmacht sei, ist für viele Deutsche darüber hinaus nicht gleichbedeutend mit der Annahme, dass Russland auch in jeder Hinsicht ein starkes und stabiles Land sei. Untersucht man das Russlandbild der Deutschen etwas detaillierter, erkennt man, dass in der Zeit von 2008 bis 2015 zwar der Anteil derjenigen, die sagten, Russland spiele in der Weltpolitik eine wichtige Rolle, von 72 auf 82 zunahm, doch noch deutlicher ist die Zunahme bei den Aussagen »Der Wirtschaft geht es schlecht« (von 36 auf 57 Prozent) und »Die politische Lage ist unsicher, nicht stabil« (von 47 auf 64 Prozent). Es drängt sich das Bild eines Kolosses auf tönernen Füßen auf. Dass Russland ein ordnungstiftender, stabilisierender Faktor in Europa sein könnte, scheinen nur noch wenige zu glauben. Der Anteil derjenigen, die sagen, Russland sei ein Land, von dem Gefahr ausgeht, ist in der gleichen Zeit jedenfalls von 36 auf 64 Prozent gestiegen.

Über den Autor

Dr. Thomas Petersen (geb. 1968) studierte 1987 bis 1992 an der Universität Mainz Publizistik, Alte Geschichte und Vor- und Frühgeschichte. 1990 bis 1992 arbeitete er als Journalist beim Südwestfunk in Mainz. Seit 1993 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach, seit 1999 Projektleiter. Seit 1995/1996 übernahm er Lehraufträge an verschiedenen Universitäten, 2007/2008 eine Vertretung der Professur für methodische und historische Grundlagen der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Er ist Past Präsident der World Association for Public Opinion Research (WAPOR).

Seine Forschungsschwerpunkte sind Methoden der Demoskopie, Feldexperimente, Visuelle Kommunikation, Politische Kommunikation, Wahlforschung, Markt- und Sozialforschung, Theorie der öffentlichen Meinung.

Lesetipps

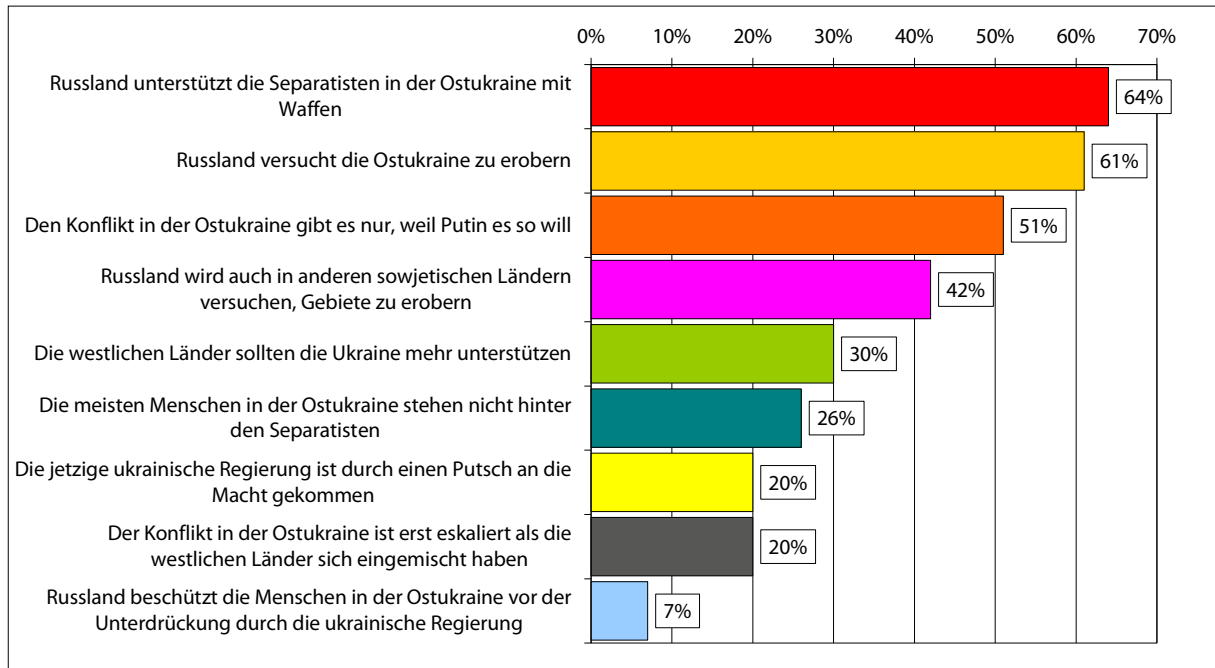
- Lippmann, Walter: Die öffentliche Meinung (= Bochumer Studien zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Band 63), Bochum: Brockmeyer 1990 (Reprint v. 1964).
- Petersen, Thomas: Schwindende Grundlagen der Akzeptanz einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik. In: Gerd F. Kaldrack, Hans-Gert Pöttering (Hrsg.): Eine einsatzfähige Armee für Europa. Die Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon, Baden-Baden: Nomos 2011, S. 300–313.
- Petersen, Thomas: Öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2015, Baden-Baden: Nomos 2015, S. 377–387.
- Petersen, Thomas: Zum Westen nichts Neues. In: Ulrike Ackermann (Hrsg.): Freiheitsindex Deutschland 2015 des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung, Frankfurt am Main: Humanities Online 2015, S. 57–77.

Die Rolle der NATO in Umfragen

Es sind auch keine Anzeichen dafür erkennbar, dass die Deutschen sich angesichts der Unsicherheit im Osten des Kontinents vom atlantischen Bündnis abwenden. Im Gegenteil: Auf die Frage, mit welchen Mitteln Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen könne, nannten im September 2014 71 Prozent die NATO. Drei Jahre zuvor waren es noch 59 Prozent gewesen. In den Jahren zuvor hatte es durchaus gewisse Hinweise darauf gegeben, dass die Deutschen weniger Wert als zuvor auf den Zusammenhalt des Westens legten, doch im Licht der aktuellen russischen Politik besinnen sich die Deutschen zunehmend auf die Sicherheit, die die Einbindung in die westliche Staatengemeinschaft bietet (Grafik 5 auf S. 7).

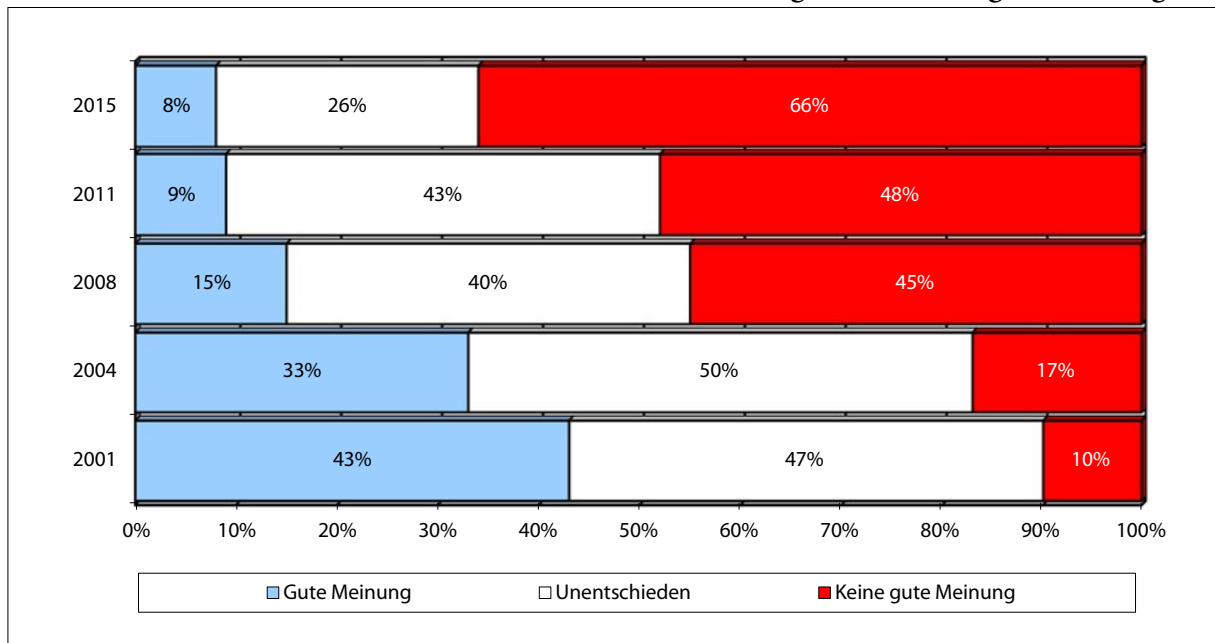
Alles in allem erkennt man an den Umfrageergebnissen die Grenzen der Möglichkeiten politischer Propaganda. Lippmann hat eindrucksvoll beschrieben, wie sie die »Bilder in den Köpfen« formen kann, doch nicht jedes angebotene Bild wird akzeptiert. Die Erzählung vom »faschistischen Putsch« in Kiew mag in Russland große Überzeugungskraft entfalten. In Deutschland dagegen, wo sie sich dem Wettbewerb mit anderen Versionen der Geschichte stellen muss, hat sie bisher nur wenigen Menschen den Kopf verdrehen können.

Grafik 1: »Hier ist einiges aufgeschrieben, was uns andere über den Konflikt in der Ukraine gesagt haben. Sind unter diesen Aussagen auch welche, denen auch Sie zustimmen würden?« (Listenvorlage)



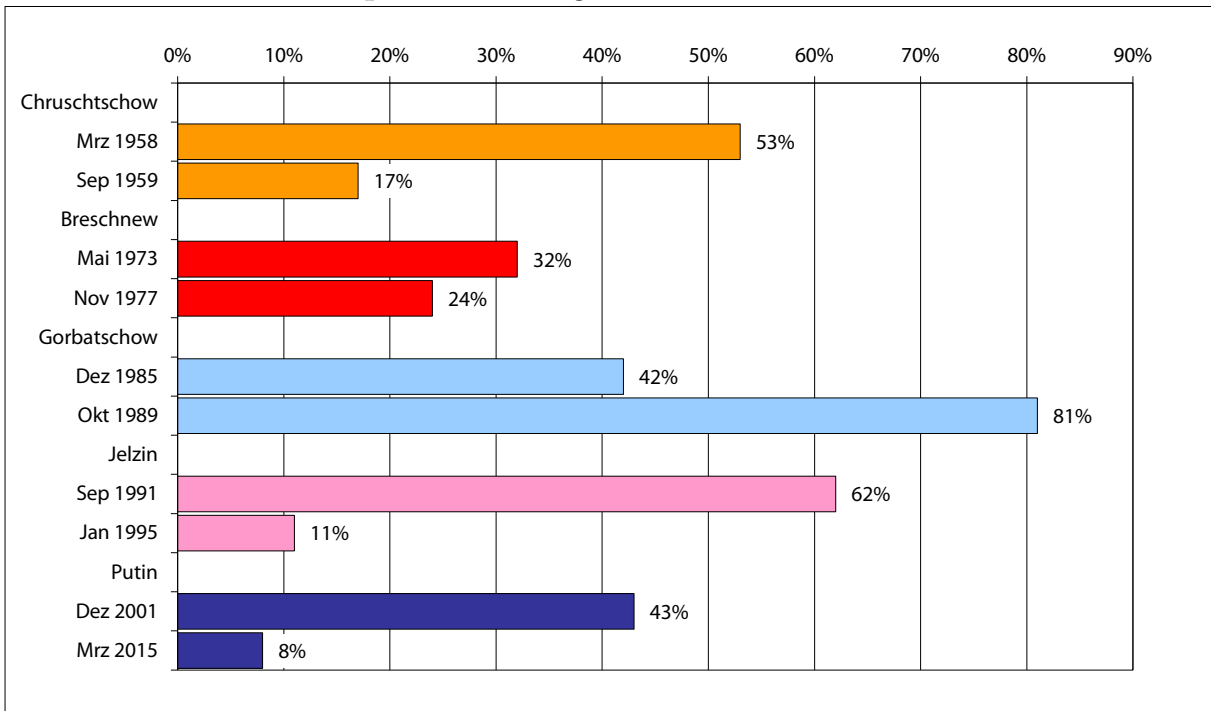
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11037

Grafik 2: »Haben Sie von Wladimir Putin alles in allem eine gute oder keine gute Meinung?«



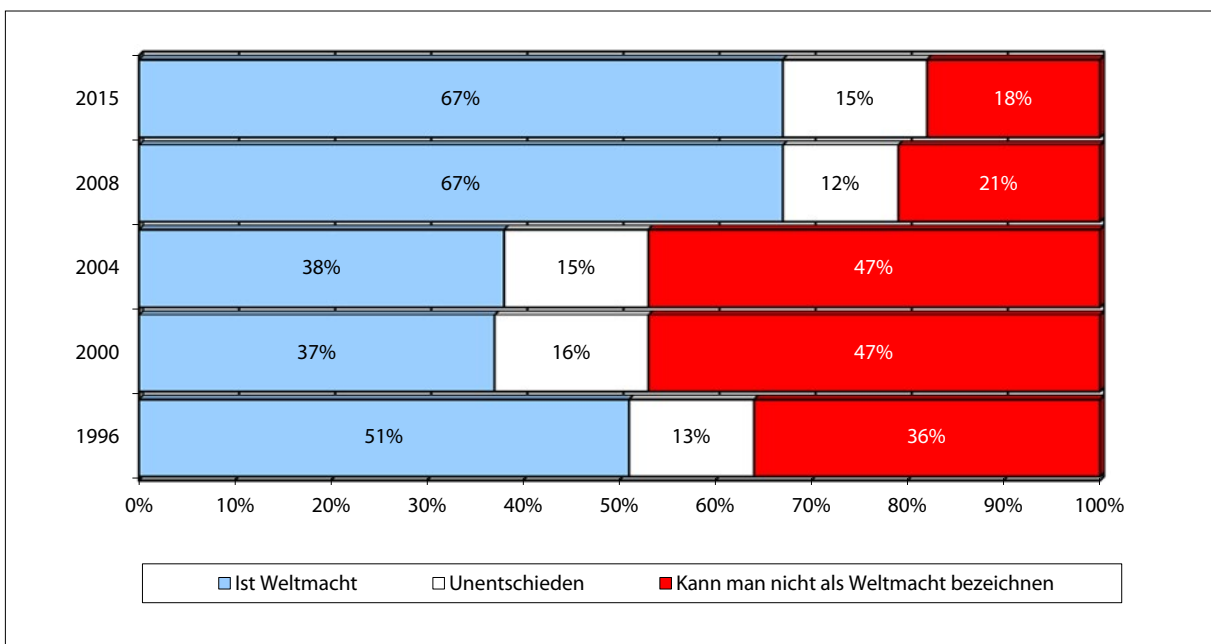
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7016, 7056, 10025, 10075, 11037

Grafik 3: Das Ansehen russischer und sowjetischer Staats- und Parteichefs
Es äußerten eine positive Meinung über:



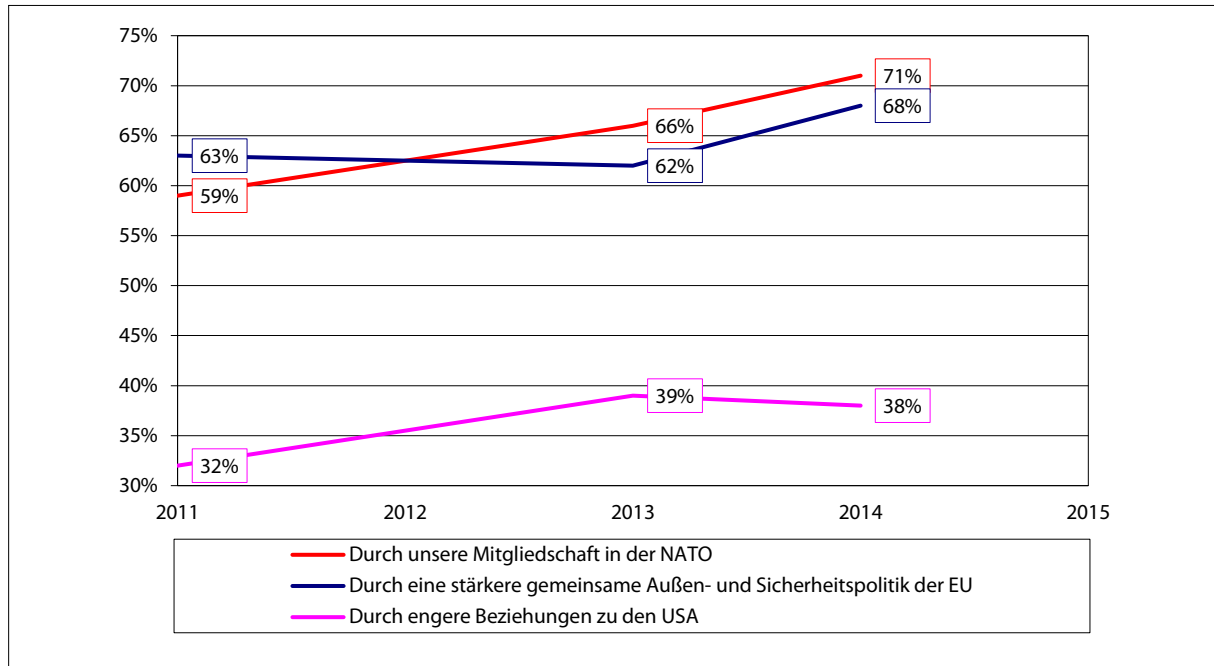
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 1017, 1035, 2131, 3048, 4065, 5028, 5055, 6010, 7016, 11037

Grafik 4: »Ist Russland heute noch eine Weltmacht, oder kann man Russland nicht mehr als Weltmacht bezeichnen?«



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 6029, 6097, 7056, 10019, 11037

Grafik 5: »Es gibt verschiedene Ansichten darüber, wie Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen kann. Hier sind einige davon aufgeschrieben. Was davon würden Sie alles nennen?«



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10075, 11002, 11029

INTERVIEW

Über die Wirksamkeit der Propaganda in Russland¹

Lew Gudkow in einem Interview mit »The Village«

Einer kürzlich durchgeführten Umfrage des »Lewada-Zentrums« zufolge schämt sich über die Hälfte der Bevölkerung Russlands nicht für das, was im Land vor sich geht. Nur 18% der Befragten teilen die Meinung, dass »in Russland jetzt Dinge vor sich gehen, die mich zwingen, mich für das Land zu schämen«. 2012 waren noch 52% der Befragten dieser Meinung. Dieser Meinung nicht zugestimmt haben nunmehr 55%, gegenüber 20% im Jahre 2012. Gleichzeitig haben Soziologen festgestellt, dass die Russen vor allem auf ihre Streitkräfte, die Geschichte Russlands und die Leistungen im Sport, in der Kunst und in der Wissenschaft stolz sind. Am wenigsten Stolz empfinden die Befragten auf das System der sozialen Absicherung, die Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen und die wirtschaftlichen Leistungen des Landes. »The Village« erkundigte sich bei Lew Gudkow, dem Direktor des Lewada-Zentrums, warum für Russen die Größe ihres Landes wichtiger ist, als ihr Lebensstandard.

¹ 20. Januar 2016. Dieser Beitrag ist ursprünglich auf Russisch am 16. 12. 2015 in der Zeitschrift »The Village« erschienen <<http://www.the-village.ru/village/city/city-news/228271-society>>. Er findet sich auch auf der Homepage des Levada-Zentrums <<http://www.levada.ru/2015/12/16/lev-gudkov-ob-effektivnosti-propagandy-v-rossii/print/>>. Wir danken Lev Gudkow für die Erlaubnis, den Text auf deutsch abzdrukken.

Über die Spaltung der Gesellschaft und die Rückkehr zur UdSSR

Darja Polygajewa (Village): Ich würde mit Ihnen gern darüber sprechen, wie sich unsere Gesellschaft nach den Ereignissen auf der Krim verändert hat. Sie haben vor Kurzem eine Umfrage durchgeführt, aus der hervorgeht, dass die Russen sich nicht mehr für ihr Land schämen: Nur noch 18 % der Befragten stimmen der Ansicht zu, dass »in Russland jetzt Dinge vor sich gehen, die mich dazu zwingen, mich für das Land zu schämen«. Woher kommt dieser Stimmungswandel?

Lew Gudkow: Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass sich eine Gesellschaft in zwei Jahren nicht von Grund auf ändern kann, und wohl auch in zehn oder fünfzehn Jahren nicht. Gesellschaft, das ist eine riesige Menge von Leuten, die auf eine bestimmte Art und Weise organisiert ist und eine unglaubliche Trägheit besitzt. Wir stellen gewisse Schwankungen bei den Stimmungslagen fest, doch sind dies keine Veränderungen der grundlegenden Strukturen in der Gesellschaft. Die wichtigsten Institutionen, das, was das Unbewusste in der Gesellschaft ausmacht, das ändert sich nur sehr langsam. Wir reproduzieren in hohem Maße Bewusstseinsstrukturen nicht nur aus sowjetischer, sondern sogar aus vorsowjetischer Zeit. Wenn Sie Saltykow-Schtschedrin² lesen, dann werden Sie erkennen, wie dauerhaft die Grundstrukturen der Gesellschaft sind. Er hat beispielsweise lange vor Orwell von Zwiedenken gesprochen, die aus einer repressiven und unentwickelten Gesellschaftsstruktur heraus entstehen.

V.: In den letzten zwei Jahren, in der »Zeit nach der Krim«, entstand der Eindruck, dass es in der Gesellschaft eine Spaltung gegeben hat, auf der einen Seite diejenigen, die »für die Krim« sind, und auf der anderen Seite jene, die dagegen sind. Man hat das Gefühl einer Konfrontation.

L.G.: Spaltung ist vielleicht zu viel gesagt. Die massive antiwestliche Propaganda hat ja nicht erst im Zusammenhang mit der Krim begonnen, sondern bereits nach den Massenprotesten 2011/12. Ziel der Propaganda war es, die Protestbewegung in der Gesellschaft zu diskreditieren. Die antiwestliche und antilibérale Kampagne war Grundlage der antiukrainischen Propagandawelle. Diese war ein Versuch, dem ukrainischen Regime den Stempel »Faschismus« aufzudrücken und jene Haltungen zu diskreditieren, durch die diese Bewegung motiviert war: Annäherung an den Westen, Aufbau eines Rechtsstaates, Änderung des korrupten Regimes.

Die Propaganda erdrückte jede Unterstützung für Parolen der Protestbewegung, die eine erhebliche Breite hatte: 2012 hatten sich rund die Hälfte der Russen deren Losungen anschließen können. Alexej Nawalnyjs berühmter Formulierung »Einiges Russland« ist die Partei der Gauner und Diebe« stimmten in der Spitze rund 45 % der Befragten zu, ungefähr ebenso viele, 40–45 %, lehnten sie ab; es gab also ein gewisses Gleichgewicht. Anschließend ging die Unterstützung zurück, auf 41 %, noch später dann erinnerten sich die Leute nicht mehr daran. Die Propaganda hatte die Aufmerksamkeit auf den Mythos einer Konfrontation Russlands mit der restlichen Welt gelenkt, auf das Gefühl, dass uns alle angreifen würden und wir uns »von den Knien erheben« und Widerstand leisten. Dieses Gefühl des Drucks klammerte jede Kritik an der Regierung aus, alle Probleme des Alltagslebens und der aufkommenden Wirtschaftskrise – und es ließ das Niveau der Selbstachtung steigen: »Seht her, wir sind wieder wer!«. Das Gefühl, dass man als Nation bravourös vortrete, wurde künstlich gefördert, indem ein mythischer Feind nach dem anderen auftauchte. Erst gab es die »ukropy« [iron. f. »ukrainische Patrioten«], dann die »amerikoso« [dt. ungefähr: »Amis«], dann irgendwelche Islamisten, und dann kamen die türkischen Tomaten gerade recht.

V.: Sie meinen also nicht, dass es eine Spaltung der Gesellschaft gegeben hat?

L.G.: Wir haben es nicht mit einer Spaltung zu tun, sondern mit einem Erregungszustand. Das ist keine Änderung der Bewusstseinsstruktur, sondern einfach ein Registerwechsel. Sie werden sich ja auch nicht in Ihrem tiefsten Innern ändern, wenn Sie durch etwas erschreckt werden, wenn ihr Adrenalin ausgeschüttet wird. Der emotionale Aufschwung wird durch eine negative Mobilisierung künstlich gestützt, schwächt sich nun aber wieder ab. Ich würde hier eine Unterscheidung vornehmen, und zwar zwischen den emotionalen Bewertungen, der Intensität, mit der sie geäußert werden, und der Bereitschaft, für seine Überzeugungen einzustehen. Selbst auf dem Höhepunkt der antiukrainischen Kampagne waren höchstens zehn Prozent der Russen bereit, etwas dafür zu geben: die Kosten zu tragen, zum Beispiel, oder in den Donbass zu fahren oder die eigenen Kinder dorthin zu schicken. Eine Mehrheit von 70 % aber sagte: »Nein, sollen doch die da oben zahlen«.

V.: Wie dem auch sei – wir alle tragen jetzt die Kosten: Wir stehen unter Sanktionen und stecken in der Wirtschaftskrise. Wenn ich das richtig verstehe, gehen die Umfragewerte der Regierung dadurch aber nicht zurück.

2 Michail Jewgrafowitsch Saltykow-Schtschedrin (1826–1889): Russischer Schriftsteller und Satiriker; d. Red.

L.G.: Sie gehen nicht zurück, weil die Russen ein völlig anderes Verhältnis zur Politik haben. Politik, das ist eine andere Existenzebene, zu verstehen als große Vergangenheit, heroische Geschichte. Putin ist dort im Ranking von »Forbes« ein einflussreicher Führer von Weltrang. Wenn man jedoch aus dem internationalen Kontext in den inner-russischen wechselt, stellt sich heraus, dass Putin Chef eines höchst korrupten Regimes ist und weder beim Kampf gegen den Terror noch bei der Verbrechensbekämpfung besondere Erfolge vorzuweisen hat. In der Wirtschaft stehen die Zeichen auf Scheitern.

V.: Die Russen nehmen ihn aber nicht als Chef eines korrupten erfolglosen Staates wahr...

L.G.: Weil ihre gesamte Erfahrung aus der Sowjetzeit stammt, die Erfahrung, sich in einem repressiven Staat einzurichten, der Unwillen, sich aus seiner Nische hervorzuwagen, Verantwortung für die Lage der Dinge im Land zu übernehmen, sich in der Politik und im öffentlichen Leben zu beteiligen. Daher dominiert die Vorstellung von der Landesführung als einer völlig anderen Gruppe von Menschen, die ihren eigenen Interessen nachgehen und die nicht zu beeinflussen ist. Die Staatskasse ist unersättlich, ein Fass ohne Boden. Können Sie auf Entscheidungen in Russland Einfluss nehmen?

V.: Direkt? Natürlich nicht.

L.G.: Können Sie auf die Verteilung [der Haushaltsmittel] Einfluss nehmen? 2016 werden unsere Ausgaben für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung zurückgefahren, die für den Sicherheits- und Machtapparat jedoch steigen. Können die Leute dieses Verhältnis beeinflussen? Natürlich sind sie der Meinung, dass das Geld für die Sozialpolitik und die Entwicklung der Infrastruktur ausgegeben werden sollte, aber wer hört schon auf sie?

V.: Wenn die Leute verstehen würden, wie die Mechanismen der Zusammenarbeit mit der Regierung in anderen Staaten funktionieren, wenn sie verstünden, dass es eine Staatsduma gibt, die ihre Interessen vertreten soll...

L.G.: Die Leute denken, dass die derzeitige Regierung die Interessen der Sicherheits- und Machtapparate, der Oligarchen und der Bürokratie bedient und nicht die Interessen der großen Mehrheit vertritt. Daher denkt die große Mehrheit: Der Zar ist weit und wir sind nur kleine Leute.

V.: Wenn die Leute das verstehen, warum unterstützen sie dann eine solche Regierung?

L.G.: Weil es keine Vorstellung von einer Verbindung zur Regierung und von deren Verantwortlichkeit gibt. Demokratie ist eine besondere Art Staatsgebäude. Sie ist nicht nur eine politische Konstruktion, sondern auch ein bestimmter Typ von Kultur, in der die Leute über ein Gefühl der eigenen Würde verfügen, und über ein Recht auf die Ansicht, dass die Staatsmacht, die Regierung von ihnen abhängt. Bei uns ist es genau entgegengesetzt. Die Leute sind das Verbrauchsmaterial der Staatsmacht, und so verhalten sie sich auch. »Mögen – mehr noch als andere Betrübnisse – an uns vorüberziehen der Herren Zorn und der Herren Liebe« – so sieht das Lebensprinzip aus.

V.: Sie ziehen eine Verbindung zwischen diesem Lebensprinzip und den Erfahrungen der Sowjetzeit. Aber es ist doch inzwischen eine neue Generation groß geworden, die die Sowjetmacht nicht mehr erlebt haben. Warum haben auch die solche Ansichten?

L.G.: Weil die wichtigsten Institutionen, unabhängig von Generationswechseln, erhalten bleiben. Wichtig ist die Struktur der Gesellschaft, also die beständig wirkenden Regeln, Was ist eine soziale Institution? Es ist ein hartnäckiges System von Wechselbeziehungen, das sich unabhängig von individuellen Menschen in seinem Bestand reproduziert. Es ist ein rigides System von Regeln, die die Leute befolgen, ohne darüber nachzudenken oder in der Lage zu sein, sie zu ändern. Wichtig ist nicht, dass neue Generationen kommen, sondern die Frage, wie neue Generationen diesen Regeln unterworfen werden. Das ist ein Effekt, der in der russischen Literatur hervorragend beschrieben ist. Erinnern Sie sich, was mit dem jungen Helden in Gontscharows »Eine alltägliche Geschichte« passiert? Mit dem Laufe der Zeit bleibt nur wenig von dem Idealismus und der Romantik jenes Menschen aus der Provinz, der nach Petersburg kommt und dort seinen Dienst antritt. Ein solches systematisches Brechen junger Leute geschieht auch in unserer Zeit. Woher nehmen Sie die Vorstellung, dass die jungen Leute andere Ansichten hätten?

V.: Nun, sie haben nicht das Leben in der Sowjetzeit erfahren.

L.G.: Und wenn schon. Hat sich die Haltung zur Staatsmacht etwa so gravierend verändert? Drängt es die jungen Leute, sich für ihre Vorstellungen einzusetzen? Gab es 2011/2012 etwa unter den Protestierenden viele junge Menschen?

V.: Es gab viele.

L.G.: Und ich sage, dass es nicht viele waren. Wir haben seinerzeit Umfragen durchgeführt, und die meisten der Protestierenden waren zwischen 45 und 55 Jahre alt. Junge Menschen waren dort nur zu 12–15 % vertreten. In Wirklichkeit hat dort eine Generation schon gereifter, gebildeter Menschen protestiert, die bereits einen gewissen sozia-

len Status erreicht hatten und nun verstanden, was ihnen bei einer weiteren Präsidentschaft Wladimir Putins droht. Die jungen Leute blieben jedoch recht passiv und unbeteiligt. Alle sozialen Veränderungen setzen dann ein, wenn die Jungen in das gesellschaftliche Leben eingreifen, aber bei uns geschieht das nicht. Die Jugend will Geld verdienen und gut und fröhlich leben.

V.: Warum ist der Anteil der Leute, die verstehen, worauf das alles hinausläuft und wie die Staatsmacht strukturiert ist, in Russland so gering? Die Leute wollen einfach nicht denken?

L.G.: Ja, weil denken gefährlich ist. Das ist keine aktuelle Furcht, sie entstammt nicht den Erlebnissen der letzten Jahre. Das ist eine versteinerte Furcht, eine vertraute, gewohnte, die noch auf die Sowjetzeit zurückgeht, ja sogar auf noch frühere Zeiten. Wenn man dieses Knäuel aufdröselte, ergäbe sich ein recht komplexes Bild.

Beginnen wir damit, dass alles Gerede über die Perestroika, davon, dass 1991 bei uns eine Revolution stattgefunden habe, meiner Ansicht nach keiner Kritik standhält. Die grundlegenden Institutionen, die die Struktur der Gesellschaft sichern, haben sich gar nicht so radikal verändert. Am stärksten haben sich natürlich die wirtschaftlichen Beziehungen gewandelt. Zu einem gewissen Grad haben sich Marktmechanismen etabliert, auch wenn jetzt eine Bewegung in entgegengesetzter Richtung auszumachen ist. 1999, nach all den Reformen, betrug der Anteil des Staates an den Vermögenswerten, sagen wir mal, etwas mehr als ein Viertel. Heute kontrolliert der Staat fast 60 %. Der staatliche Anteil an der Wirtschaft hat also drastisch zugenommen, und dementsprechend ist auch der Staatsapparat angewachsen, wie auch das, was bei uns fälschlicherweise als Mittelschicht bezeichnet wird. Dennoch ist das keine Planwirtschaft, sondern eine Art Staatskapitalismus mit marktwirtschaftlichen Elementen.

Das System der Kommunikationswege hat sich verändert, auch rein technisch gesehen. Es gibt jetzt Dinge, die hat es früher nicht gegeben: Handys, Internet... Die Massenkultur hat sich verändert, sie wird nicht mehr wie zu Sowjetzeiten zensiert, niemand schreibt einem vor, was zu veröffentlichen ist. Ich meine hier nicht die Informationsmedien, denn gerade da ist die Zensur in vollem Umfang wieder eingeführt worden, wenn auch keine so totale wie in der UdSSR.

Insbesondere hat sich der Massenkonsum verändert, in diesem Bereich hat es wirklich einen revolutionären Wandel gegeben. Die Struktur der Staatsmacht jedoch, und die Institutionen, auf die sie sich stützt, also die Gerichte, das Rechtssystem, Polizei und Justiz, die Armee und das Bildungssystem, die sind praktisch unverändert geblieben. Die Bezeichnungen hat man ausgetauscht, aber die Konstruktion einer zentralisierten, von der Bevölkerung in keiner Weise kontrollierten Staatsmacht ist vollständig erhalten geblieben. Daher läuft jetzt der Rückschritt, also eine Reproduktion sowjetischer Praktiken, derart reibungslos ab.

Einige Veränderungen gibt es natürlich auch in diesem Bereich, es gibt nicht mehr »Gosplan« [staatliche Wirtschaftsplanungsbehörde der UdSSR], es gibt nicht mehr den Verfassungsartikel, der das Monopol und die Führungsrolle der KPdSU festschreibt. Ein politischer Wettbewerb ist aber auch nicht entstanden, und da es keinen Pluralismus gibt, wird in der öffentlichen Meinung keine Diskussion zu der Frage geführt, wie denn die Ziele der nationalen Entwicklung aussehen könnten, mit welchen Mitteln und um welchen Preis diese Ziele erreicht werden sollten, und wer für die Umsetzung verantwortlich sein soll. Dieser ganze Bereich ist der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit schlichtweg entzogen worden. Das Regime hat sich gleichsam das Recht angeeignet, monopolartig von kollektiven Werten und Interessen zu reden, wobei alles andere, so das Regime, Teufelswerk ist: entweder Liberale, oder Schreihälse, oder fünfte Kolonne.

Da nun dieser ganze Bereich unterdrückt wurde, ist die Problematik im Bewusstsein der Leute praktisch abgeschaltet. Hat denn irgendjemand die Frage gestellt, warum es zu [dem Einsatz in] Syrien gekommen ist? Wozu wir »türkische Ufer« brauchen?³ Niemand, alle schweigen. Zu welchem Preis wird der Krieg geführt? Davon redet niemand. Wenn wir die Russen hierzu fragen, ist es schlicht und einfach so, dass sich die Mehrheit weigert zu antworten, weil sie keine Meinung dazu hat; die wird nirgends repräsentiert. Das ist ein sehr wichtiges Moment: Was sind die Quellen für Meinungen, wenn es in der Gesellschaft keine Vielfalt gibt, keine Diskussion, keine unterschiedlichen gewichtigen Standpunkte?

Über die Wirksamkeit der Propaganda

V.: Deshalb ist die Propaganda in Russland so effektiv?

3 Gemeint ist: »In fremde Länder ziehen und uns nicht auf uns besinnen.« Anspielung auf ein populäres sowjetisches Lied: »Ich aber bleibe bei dir, // mein ewiges Heimatland // Ich brauch keine türkischen Ufer // und Afrika brauch ich auch nicht«; d. Red.

L.G.: Die Propaganda funktioniert wegen dreier sehr wichtiger Bedingungen. Eine habe ich schon genannt, das Umlenken von alltäglichen Fragen auf mythologisierte. Damit aber diese Umlenkung erfolgen kann, müssen zwei wichtige Punkte gegeben sein. Zum einen muss das Gefühl einer wachsenden Krise im Land erzeugt werden, ein Gefühl, dass wir uns einer Katastrophe nähern. Eine solche Atmosphäre führt dazu, dass in der Gesellschaft Angst und Ungewissheit entstehen. Die Propaganda reproduziert systematisch solche Situationen, allein schon dadurch, dass sehr viele Fragen überhaupt nicht erörtert werden. Das Regime trifft Entscheidungen, ohne diese zu erklären oder die Leute in Kenntnis zu setzen. Daher befinden sich die Menschen die ganze Zeit in einem gewissen Erwartungszustand: Jetzt werden die Preise erhöht und das Rentenalter angehoben, die Betriebskosten der Wohnungen werden steigen, das Parken wird kostenpflichtig... Dieses Gefühl chronischer Verwundbarkeit und Schutzlosigkeit gegenüber dem Regime und allen seinen Entscheidungen erzeugt eine ständige, latente Alarmiertheit und die Erwartung, dass etwas Übles kommt. Eine weitere Bedingung ist die Diskreditierung aller nicht offiziellen Informationsquellen: Man kann niemandem trauen, alle sind Schweine.

Man ist verunsichert und jede Position, die von der offiziellen abweicht, wird in Zweifel gezogen. Und was kann jemand zu dem sagen, was in der Ukraine geschehen ist, auf dem Maidan oder im Donbass, wenn er alle Informationen nur über die Glotze bezieht? Er weiß genau, dass die Preise steigen, weil er das selbst überprüfen kann, aber was kann er über die Misshandlung adoptierter Kinder in Amerika wissen? Er kann es nur glauben, oder auch nicht – überprüfen kann er es nicht. Dadurch ist in der Gesellschaft ein Gefühl des Halb-Glaubens, Halb-Misstrauens entstanden, und die Wahrnehmung, dass alle lügen.

Darüber hinaus arbeitet die Propaganda jetzt mit der Idee der Einheit: »Du und ich sind vom selben Blut, wir sind Brüder.« Ungefähr das Gleiche meint das Wort »Faschismus«, denn »fascies« bedeutet »Rutenbündel«, »Bund«. Worauf gründete sich der patriotische Aufschwung? Es wurde die Idee der geteilten Nation eingeführt: »Die Krim ist unser«, »Die Krim hat schon immer zu Russland gehören sollen«, »Wir müssen unsere Landsleute schützen, ganz gleich, ob sie in einem anderen Staat leben«, »Wir haben das Recht, uns in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen«. Es wird die im Grunde archaische Vorstellung von einer Einheit des Blutes, der Herkunft etabliert, die alle Gedanken an Institutionen, an internationales Recht und an Moral nivelliert. Das führt die Vorstellungen von Mensch und Gesellschaft ins äußerst Primitive.

V.: Was Sie da beschreiben, gilt für die Mehrheit der Russen, die keinen Zugang zu alternativen Informationsquellen haben. Aber es gibt ja auch Leute, die nicht so oft oder überhaupt nicht fernsehen. Betrachten die alles, was vor sich geht, mit kritischerem Bewusstsein?

L.G.: Vor zwölf, dreizehn Jahren hat man noch sagen können, dass sich Internetnutzer hier von allen anderen erheblich unterscheiden. Heutzutage, da 55 oder mehr Prozent der Russen das Internet täglich nutzen, sind alle Unterschiede verwischt. Zudem sind unter ihnen noch weniger Leute zu finden, die sich für Politik interessieren. Was meinen Sie, wie viele Russen haben zu alternativen Informationsquellen gegriffen, um einen anderen Standpunkt zu dem kennenzulernen, was im Donbass oder auf dem Majdan geschieht?

V.: Ein Prozent?

L.G.: Allerhöchstens anderthalb; das ist weit weniger als die Fehlergrenze unserer Messungen.

V.: Es gehört einfach nicht zur Gewohnheit unserer Mitbürger, sich Informationsquellen gegenüber kritisch zu verhalten und Informationen aus unterschiedlichen Medien zu beziehen...

L.G.: Es fehlt das Interesse. Worin liegt denn der Sinn der Mobilisierung rund um die Annexion der Krim? Sechzig Prozent der Russen unterstützten das Vorgehen der Regierung, das war nicht das Problem. Die Krim hat die Bevölkerungsteile gespalten, die die Parolen des Bolotnaja-Platzes [der Proteste 2011/2012; d. Red.] teilt: Durch diese Operation unterstützt nun ein sehr großer Teil der Leute, die eine negative Haltung zur Regierung gehabt hatten, die Putinsche Politik.

In Spitzenzeiten haben 87% der Russen die Entscheidung [zum Vorgehen auf der Krim] gutgeheißen, dagegen waren nur 7%. Die Gegner der Annexion sind gebildet und zwischen 40 und 50 Jahre alt, verfügen über einen großen Kreis an Informationsquellen; sie schämten sich für die Entscheidung der Regierung. Eine große Mehrheit unterstützte diese Entscheidung, weil sich dort sowjetische Haltungen als sehr relevant erwiesen. Das Gefühl, zu einer Großmacht zu gehören, denn das war es, was hinter der Eingliederung der Krim stand, kompensiert das chronische Gefühl der Erniedrigung, der Verwundbarkeit und der fehlenden Sicherheit im sozialen Bereich. Hier geht es um das, worüber wir am Anfang gesprochen haben: eine Reduzierung des Schamgefühls oder eine Erhöhung des Stolzes. Das sind keine voneinander getrennten Gefühle, sondern kommunizierende Röhren.

Wir erforschen dieses Thema seit 1989 und fragen in regelmäßigen Abständen: »Worauf sind Sie stolz?« und »Wofür schämen Sie sich?«. Wir sehen, dass es die gleichen Antworten gibt: ein großes Land, aber wir leben arm und verroht. Wir sind auf den Sieg im Krieg stolz, auf die Raumfahrt, die Literatur, und schämen uns für Armseligkeit, Grobheit, die Abhängigkeit von der Staatsmacht, für Armut und Rückständigkeit. Das Gefühl der Teilhabe an einer Großmacht und einer großen Vergangenheit kompensiert das alltägliche Gefühl der Erniedrigung.

Ausländer sagen manchmal: »Das ist schizophran, das passt doch nicht in einem Kopf zusammen!«. Es ist aber genau so: Es sind zwei Seiten ein und desselben Komplexes. Nur, dass im einen Fall der Mensch sich wie ein einzelnes, isoliertes Wesen fühlt, und im anderen fühlt, dass er Teil einer Mythologie historischer Ereignisse ist, bei denen nicht einzelne Menschen handeln oder wirken, sondern Mächte, Geopolitik, die große Geschichte; da ist kein Platz für kleine Probleme. Dieser Kompensationsmechanismus funktioniert auf allen Ebenen, zu Sowjetzeiten gab es sogar folgendes Lied: »Dafür bauen wir Raketen und haben den Jennissej gestaut«.

Über die Krise und Bereitschaft zum Protest

V.: Sie haben gesagt; dass trotz der allgemeinen Unterstützung für die Eingliederung der Krim 70 % der Russen nicht bereit waren, dafür zu bezahlen. Wie ist jetzt deren Haltung zur Wirtschaftskrise?

L.G.: 70 % der Russen meinen, dass im Land eine tiefgreifende und langandauernde Krise beginnt. Wann sie beendet sein wird, können die meisten nicht sagen. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen reagieren unterschiedlich auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Am schwersten haben es die Geringverdiener, für die das größte Problem die steigenden Lebensmittelpreise darstellen, denn die Inflation hat dort die Zwanzig-Prozent-Marke überschritten. In anderen sozialen Gruppen verzichtet man auf Reisen in die Türkei oder nach Ägypten, nicht nur wegen der Terroranschläge, sondern auch, weil das Geld fehlt. Andere verzichten auf teure Medikamente oder Arztbesuche, wiederum andere auf den gewohnten Korb an Lebensmitteln. Noch jemand sagt: »Unser Kühlschrank ist nicht kaputt, wir kaufen noch keinen neuen.«

Gleichzeitig lässt sich sagen, dass die Leute gewisse Reserven an Geduld und Hoffnung haben. Es gibt da die Ansicht, dass das Land ungefähr von 2002 bis 2012 so gut gelebt hat wie noch nie in seiner Geschichte. Natürlich war die Verteilung [des Wohlstands] höchst ungleichmäßig: Die besser Situierten bekamen das größere Stück vom Kuchen. Dennoch ist der Lebensstandard bei allen gestiegen, und das hat für eine Gewissheit gesorgt, dass es immer so sein werde. Die Verdienste hierfür wurden Putin zugeschrieben – vor allem hierauf beruht sein Ansehen. Der angesammelte Speck bleibt und lässt die Leute geduldig sein.

V.: Und wen macht man für die Verschlechterung der Wirtschaftslage verantwortlich?

L.G.: Anfangs nannten die Leute als Grund für die Krise die gesunkenen Ölpreise. Der zweite wichtige Faktor sind nach Meinung der Russen die Sanktionen des Westens, an denen der Westen die Schuld trage. Der dritte Grund, der immer häufiger genannt wird, sind die Kosten für die Krim. Das meinen bereits 20–25 % der Befragten.

V.: Und die Vertreter der Staatsmacht Russlands werden von den Bewohnern des Landes nicht dafür verantwortlich gemacht, dass es zur Krise kam?

L.G.: In dieser Situation wirkt ein Entlastungsmechanismus, der das Regime von der Verantwortung befreit. Zum einen ist den Leuten nicht klar, dass man auf dieses Regime einwirken kann. Zum anderen haben die Leute gelernt geduldig zu sein. Wir nennen diesen Mechanismus reduzierende Adaption, wenn nämlich jemand sich an eine Situation anpasst, indem er seine Ansprüche senkt. Ausdauer ist hier nicht nur die Fähigkeit, etwas physisch zu ertragen, es bedeutet eine Absenkung der Ansprüche an das Leben, und dementsprechend auch an die Regierung.

Im vergangenen Herbst herrschte wegen des Rubelverfalls schlichtweg Panik, doch zum Januar 2015 war es der Regierung gelungen, den Rubelkurs zu stabilisieren; da atmeten alle auf und sagten: »Na, die Krise ist wohl vorbei!«. Die Krise ist zwar noch nicht vorbei, aber es gibt keine Panik mehr. Die Menschen gewöhnen sich an die Idee, dass sich alles langsam verschlechtern wird, und sie bleiben dennoch duldsam. Das bedeutet nicht, dass einzelne Gruppen sich nicht »hochgehen« werden. Ein Beispiel sind die Fernfahrer. Der Mittelstand tobt zwar noch nicht, ist aber schon wütend.

V.: Sind angesichts der Krise Proteste möglich?

L.G.: Proteste wird es geben, aber sie werden unterschiedlicher Art sein. Die Frage ist, ob es eine Bewegung geben wird, die sie koordiniert. Proteste an sich sind nicht schlimm. Das Regime wird mit ihnen auf jeden Fall, sei es mit

geringerem oder größerem Aufwand, fertig werden. Was das Regime konsequent nicht zulassen will, das ist die Idee einer organisierten, geschlossenen Protestbewegung.

V.: Der Protest der Fernfahrer wurde ja, wenn ich das richtig verstehe, von einer Mehrheit der Moskauer unterstützt?

L.G.: Er wurde von 70 % der Moskauer gutgeheißen. Eine russlandweite Umfrage haben wir bislang noch nicht durchgeführt.

V.: Könnte es vor den Dumawahlen im Herbst 2016 zu Protesten kommen?

L.G.: Ich werde hier keine Spekulationen anstellen: Ich weiß es nicht. Schließlich wäre das von konkreten Anlässen abhängig. Bislang – wenn man sich unsere Daten anschaut – ist erkennbar, dass die Bereitschaft, sich an einer Protestbewegung zu beteiligen, eine flach abfallende Kurve bildet.

Über die Umfragewerte des Regimes

V.: In letzter Zeit sind die Umfragewerte der Staatsduma gestiegen. Die Zustimmung liegt jetzt bei rund 50 %. 2011 waren es 37 %. Warum?

L.G.: Das ist der Krim-Effekt, der sich genauso lange halten wird, wie der Mobilisierungszustand andauert.

V.: Kann »Einiges Russland« jetzt ebenfalls einigermaßen anständige Umfragewerte vorweisen?

L.G.: »Einiges Russland« wird nicht als eigenständige Kraft wahrgenommen und ist eine von Putins Ansehen abhängige Größe. Verbesserten sich Putins Umfragewerte, zog das dementsprechend alles andere mit sich nach oben.

V.: Ein Kollege von Ihnen hat in der Zeitung »Wedomosti« über die Umfragewerte Putins geschrieben. Er hebt hervor: Obgleich 80 % der Russen Putins Vorgehen gutheißen, würden nur etwas weniger als 60 % ihm vertrauen, und nur rund 55 % bei den nächsten Wahlen für ihn stimmen. Was sagen uns diese Zahlen?

L.G.: Die Haltung zu Putin ist recht uneinheitlich. Bei der Antwort auf die Frage »Welche Gefühle löst Putin bei Ihnen aus?« sprechen zwischen zwei und sechs Prozent der Befragten von Liebe oder Begeisterung, wobei der Höhepunkt im Jahr 2008 lag, nach dem Georgien-Krieg. Die Sympathie für Putin hält sich gleichermaßen: sie wird von 30–40 % geäußert, die Spitzenwerte entfallen hier ebenfalls auf Mobilisierungsphasen. Die Grundlage für Putins Umfragewerte besteht aus distanzierten Haltungen und Einschätzungen wie »ich kann über ihn nichts Schlechtes sagen«. Das ist die tragende Konstruktion aller autoritärer Regime: Apathie, Passivität und Distanziertheit.

Die Krise von 2008 hat sich nicht stark auf seine Umfragewerte ausgewirkt, aber danach gingen die Werte langsam zurück. Meiner Meinung nach verweist das bereits auf einen Delegitimierungsprozess und eine unaufhaltsame Abschwächung der Unterstützung für ihn. Die Olympischen Spiele von 2014 haben diesen Prozess gestoppt, es erfolgte ein drastischer Sprung, ungefähr wie der, den es nach dem Amtsantritt des Präsidenten angesichts der Explosionen von 1999 [der Sprengstoffanschläge auf Wohngebäude in Moskau und anderen Städten; d. Red.] gegeben hatte. Einen solchen Aufschwung gibt es nur selten und ist Anzeichen für einen sehr außergewöhnlichen Zustand der Gesellschaft. Anschließend haben sich die Werte gehalten, Vorwürfe gegen die Regierung wurden schwächer.

Der Index der sozialen Stimmungen gibt die Atmosphäre genauer wieder. Hierzu gehören recht viele Fragen: die Bewertung der Einstellung zum Regime, zur wirtschaftlichen und politischen Situation, die Zukunftserwartungen etc. Das ist ein sehr sensibler Indikator, der es ermöglicht, ungefähr auf einige Monate im Voraus das Eintreten massiver Veränderungen vorauszusagen. Als Putins Werte langsam zu sinken begannen, war die Einschätzung der Lage des Landes nahezu katastrophal. Sie erholten sich dann schnell, und dann folgte wieder eine Verschlechterung. Dann passierte die Krim, und der Index stieg wieder. Im Herbst 2014, als der Rubel abstürzte, gab es einen erneuten Rückgang. Der wurde im Januar aufgehalten, und nun sehen wir eine schleichende Verschlechterung. Das ist es, was wir zu erwarten haben.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

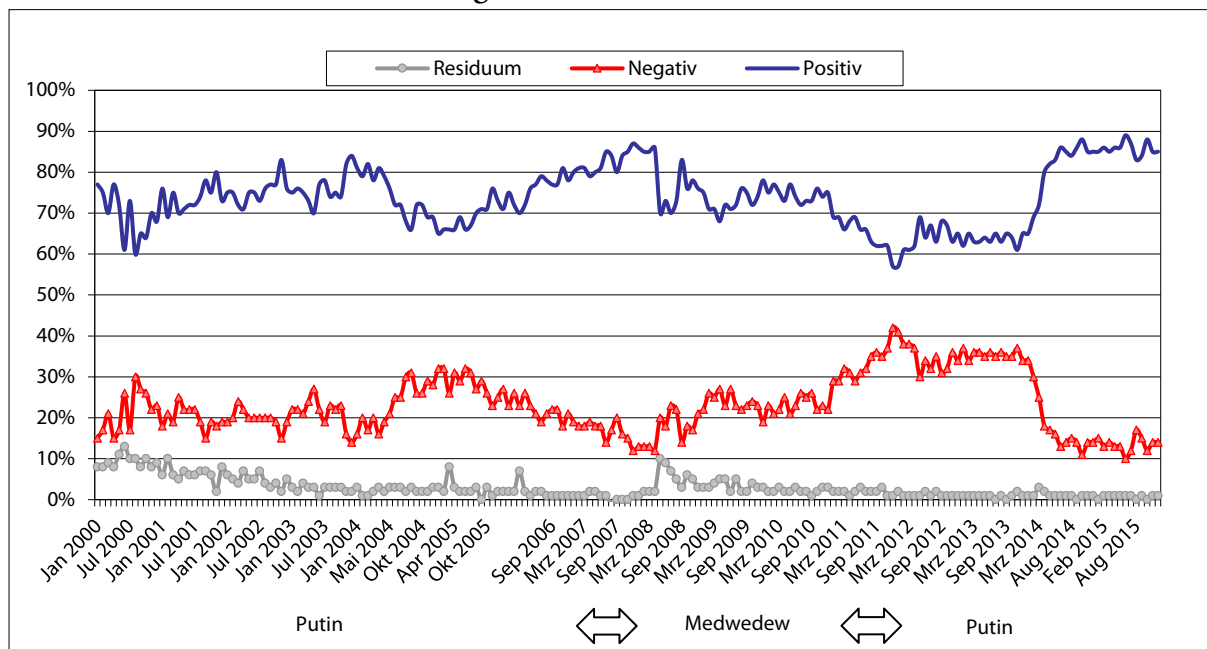
Über den Autor

Professor Lew Gudkow ist Soziologe und Meinungsforscher. Seit 2006 ist er Direktor des Lewada-Zentrums in Moskau und Chefredakteur der Zeitschrift »Westnik obschtschestwennogo mnenija« (Bote der öffentlichen Meinung).

UMFRAGE

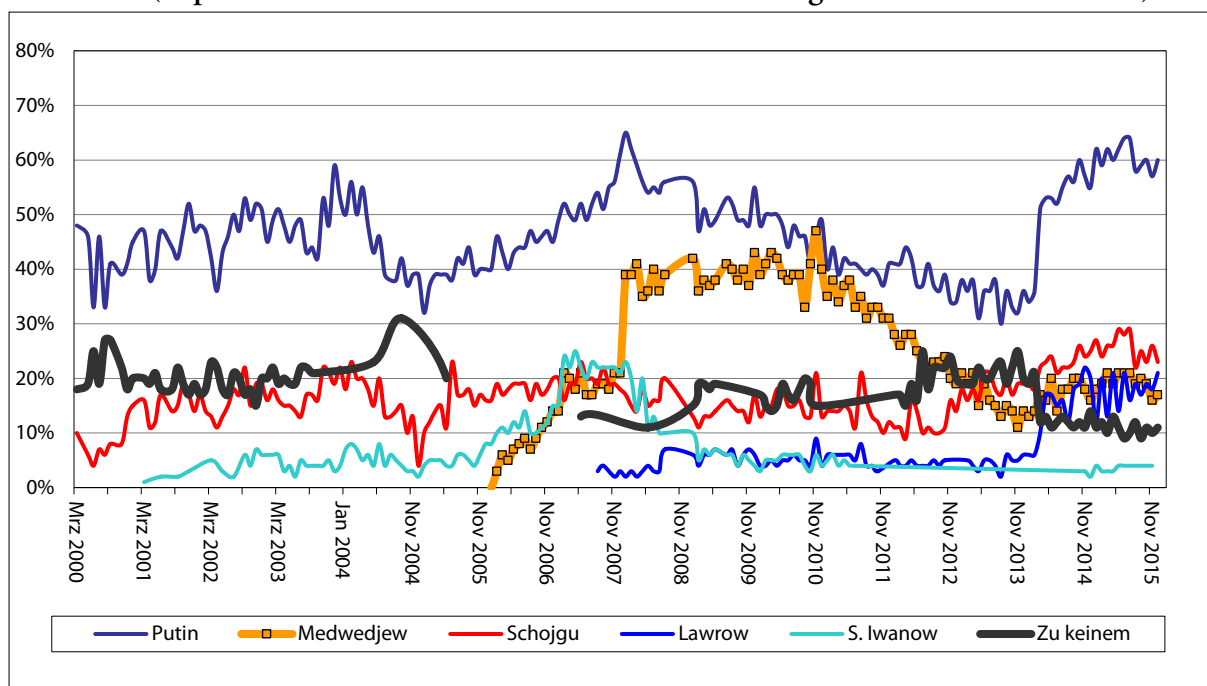
Putins Ratings

Grafik 6: Wie bewerten Sie die Tätigkeit Putins bzw. Medwedews als Präsident Russlands?



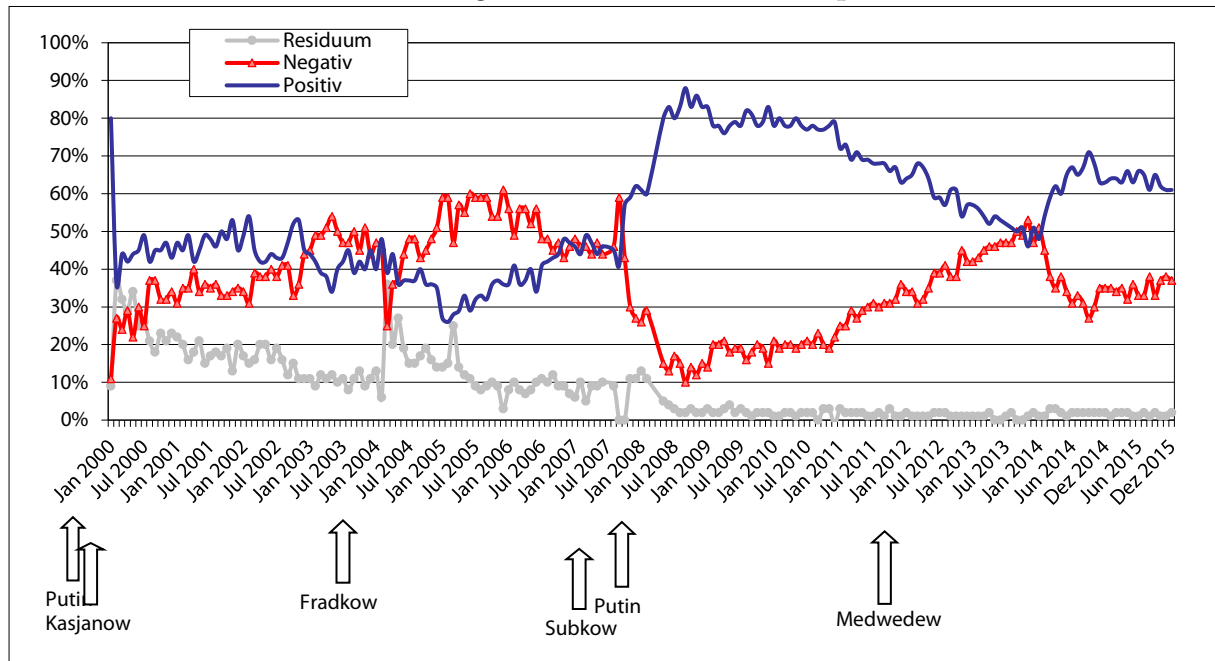
Quelle: repräsentative Meinungsumfragen des Lewada-Zentrums 2000–2015, zuletzt <<http://www.levada.ru/2015/12/23/dekabrs-kie-rejtingi-odobreniya-i-doveriya-5/>>, 24. Dezember 2015.

Grafik 7: Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen? (Popularitätswerte März 2000 – 2015 in den Umfragen des Lewada-Zentrums)



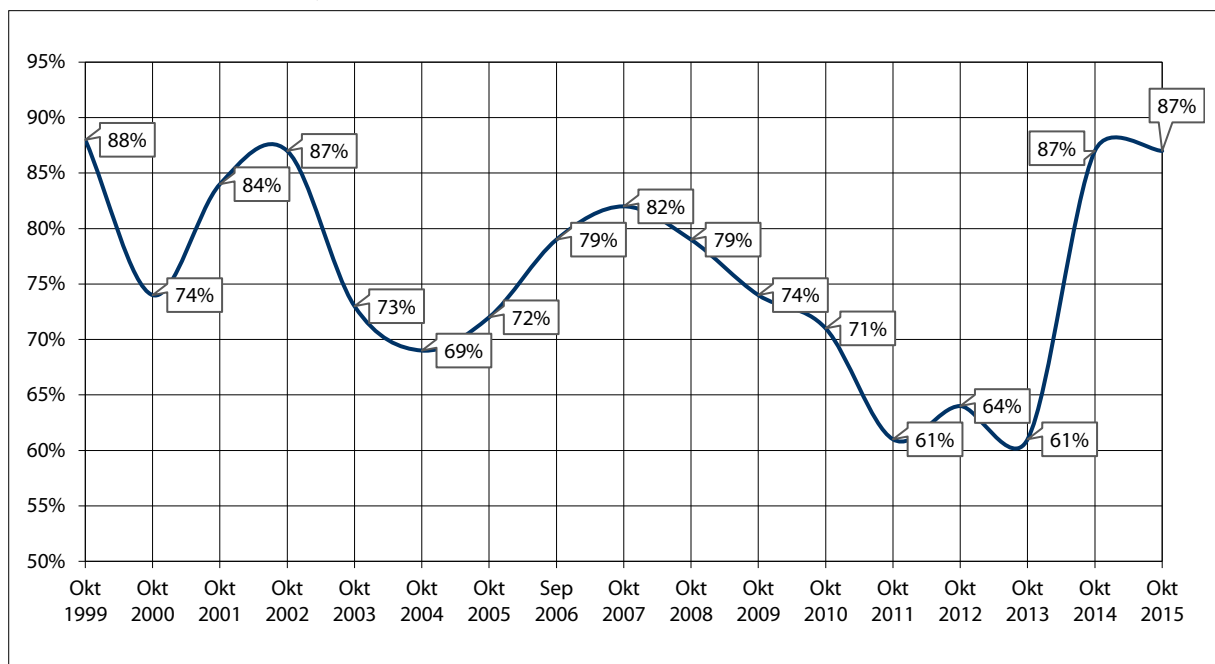
Quelle: repräsentative Meinungsumfragen des Lewada-Zentrums 2000–2015, zuletzt <<http://www.levada.ru/2015/12/23/dekabrs-kie-rejtingi-odobreniya-i-doveriya-5/>>, 24. Dezember 2015.

Grafik 8: Wie bewerten Sie die Tätigkeit des russischen Ministerpräsidenten?



Quelle: repräsentative Meinungsumfragen des Lewada-Zentrums 2000–2015, zuletzt <<http://www.levada.ru/2015/12/23/dekabrs-kie-rejtingi-odobreniya-i-doveriya-5/>>, 24. Dezember 2015.

Grafik 9: Putins Rating 1999–2015 (Frage: »Heißen Sie Putins Tätigkeit als Präsident/ Ministerpräsident gut oder nicht?« Anteil der positiven Antworten in %, Umfrage des WZIOM)

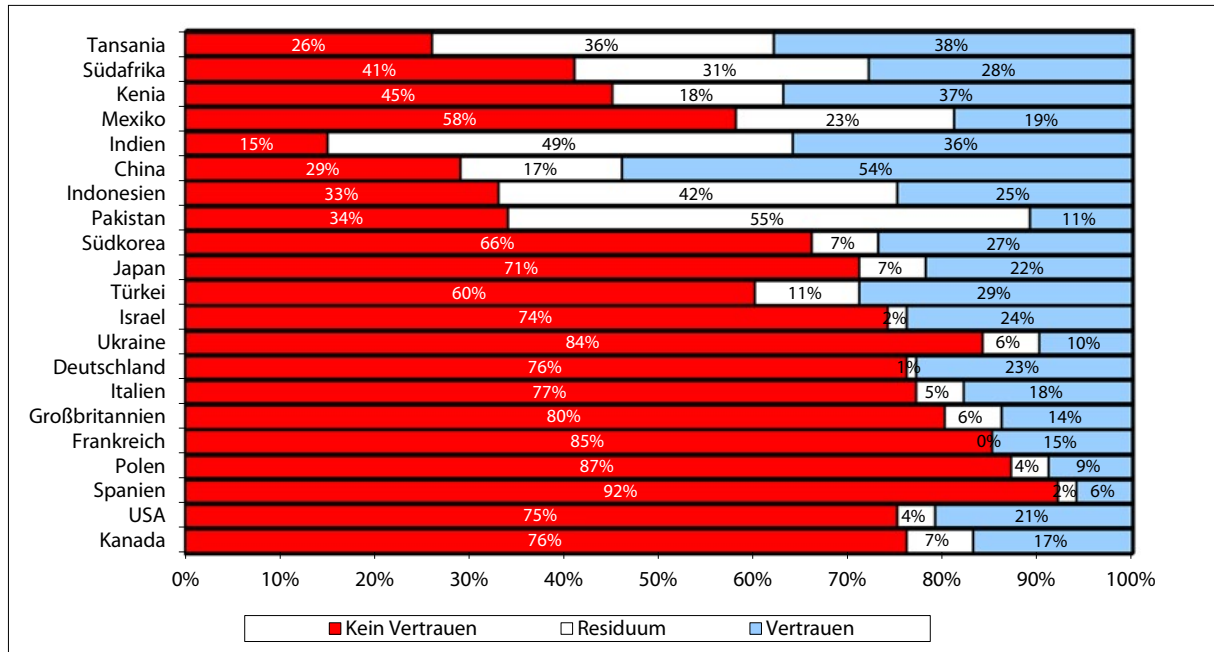


Quelle: <<http://wciom.ru/index.php?id=236&tuid=115478>>, 25. November 2015

Zum Vergleich: Putins Rating weltweit

(Frühjahrsumfrage 2015, publiziert 5. August 2015)

Grafik 10: Wieviel Vertrauen haben Sie, dass der russische Präsident Putin in der internationalen Politik das Richtige tut?

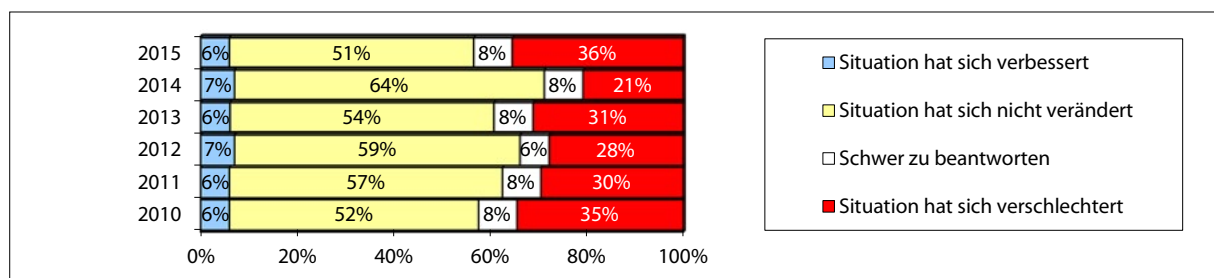


Quelle: Stokes, Bruce: *Russia, Putin Held in Low Regard around the World. Russia's Image Trails U.S. across All Regions*, Washington, D.C.: Pew Research Center 2015. For Release August 5, 2015 <<http://www.pewglobal.org/files/2015/08/Pew-Research-Center-Russia-Image-Report-FINAL-August-5-2015.pdf>, 6. August 2015>

UMFRAGE

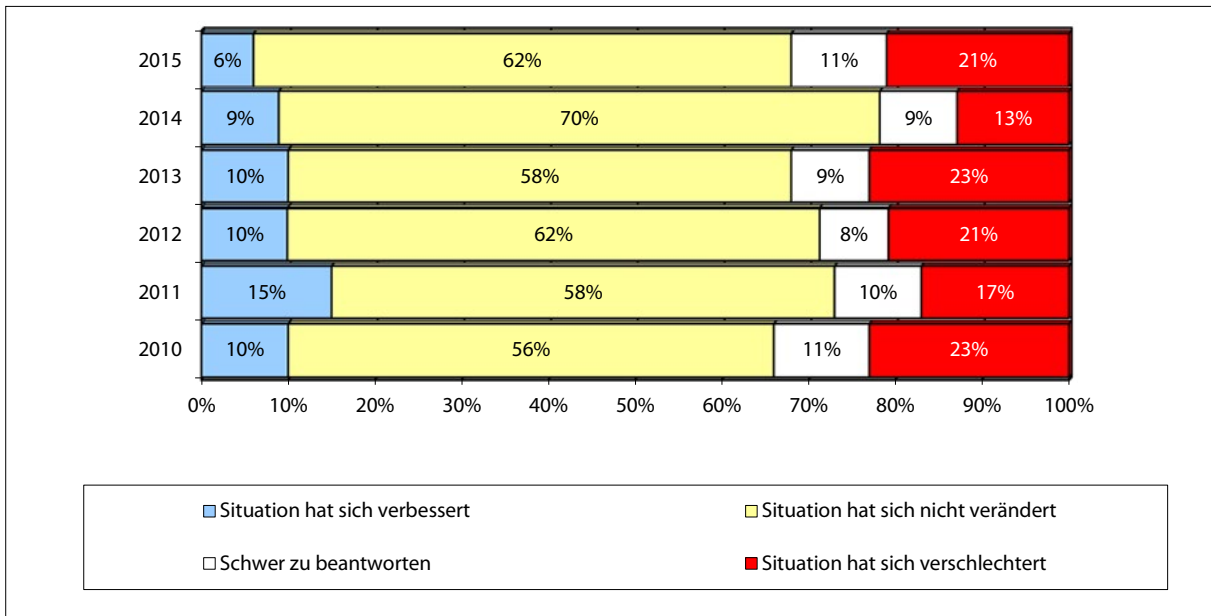
Die Bilanz des Jahres 2015 und die Aussichten für 2016. Umfragen zum Jahreswechsel

Grafik 11: Wie hat sich im vergangenen Jahr 2015 die persönliche Sicherheit der Bürger verändert?



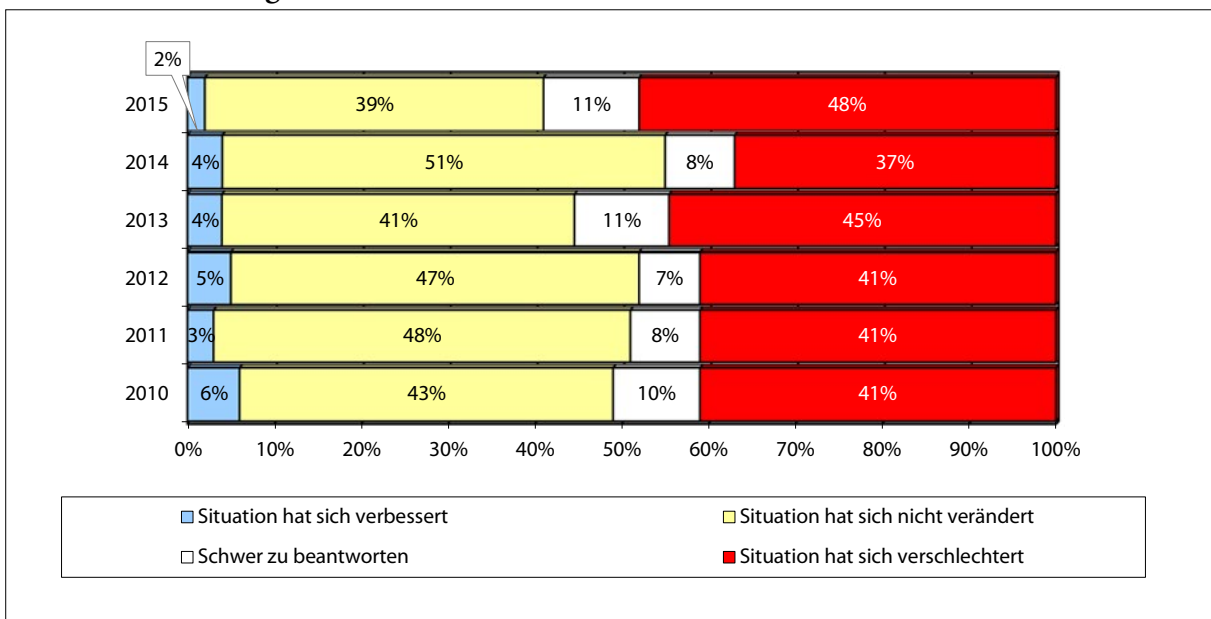
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 18.–21. Dezember 2015; N= 800; <<http://www.levada.ru/2015/12/28/itogi-uhodyashhego-goda-i-samye-vazhnye-sobytiya-2015-go/>>

Grafik 12: Wie haben sich im vergangenen Jahr 2015 die Bedingungen für die freie Meinungsäußerung verändert?



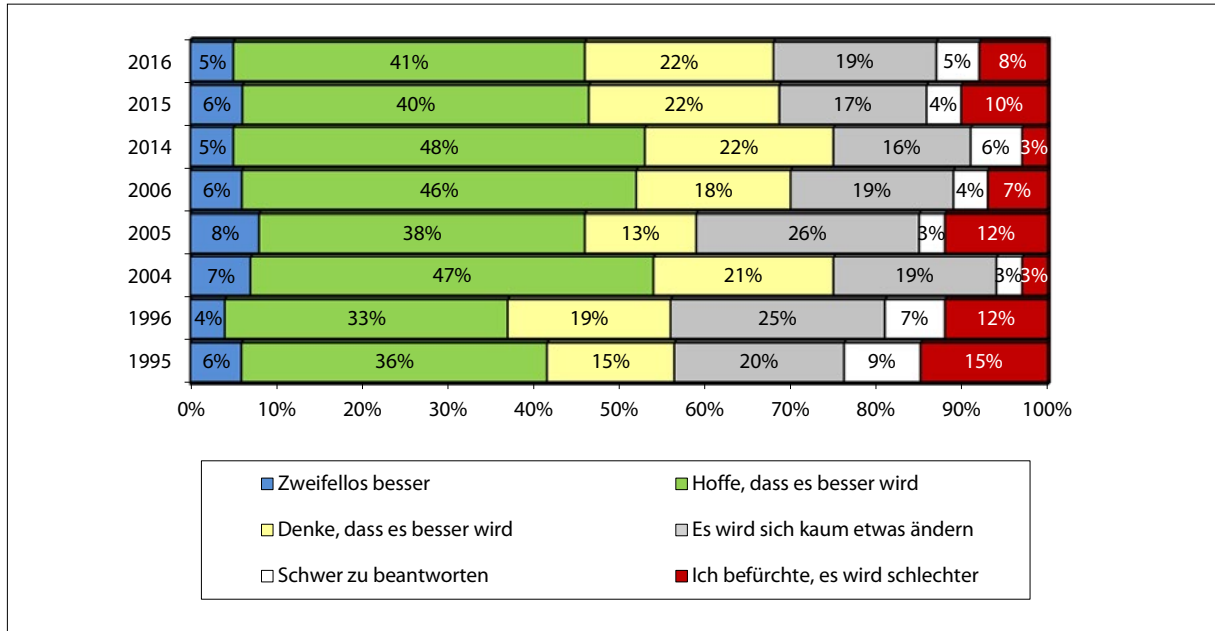
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 18.–21. Dezember 2015; N= 800; <<http://www.levada.ru/2015/12/28/itogi-uhodyashhego-goda-i-samye-vazhnye-sobytiya-2015-go/>>

Grafik 13: Wie haben sich im vergangenen Jahr 2015 die Bedingungen für Gerechtigkeit in der Verteilung materieller Güter verändert?



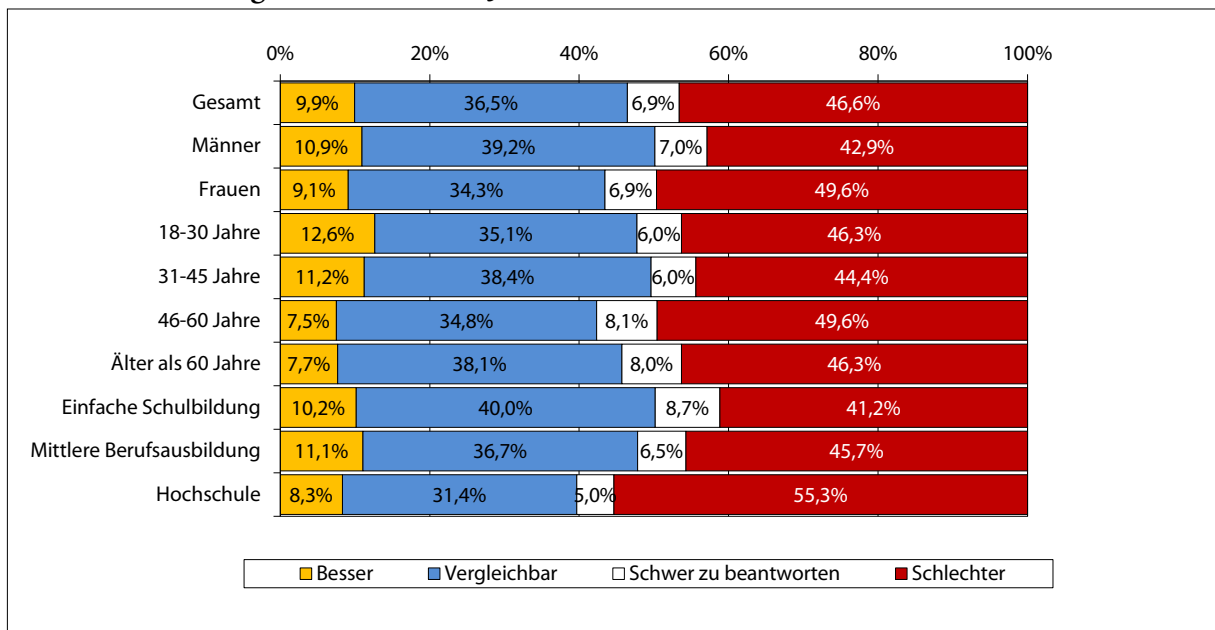
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 18.–21. Dezember 2015; N= 800; <<http://www.levada.ru/2015/12/28/itogi-uhodyashhego-goda-i-samye-vazhnye-sobytiya-2015-go/>>

Grafik 14: Wie wird, Ihren Erwartungen zufolge, das kommende Jahr im Vergleich zum vergangenen?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 18.–21. Dezember 2015; N= 1600/800; <<http://www.levada.ru/2015/12/28/ozhidaniya-ot-budushhego-goda/>>, 1. Januar 2016

Grafik 15: War das vergangene Jahr 2015, Ihrer Meinung nach, für Russland besser, schlechter oder vergleichbar mit dem Jahr 2014?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM im Zeitraum vom 5.–6. Dezember 2015; N= 1500; <<http://fom.ru/Nastroeniya/12459>>, 26. Dezember 2015

RANKING

Die 50 führenden russischen Politiker. Die Rankings 2014 und 2015 im Vergleich

Tabelle 1: Die 50 führenden russischen Politiker. Die Rankings 2014 und 2015 im Vergleich

Name	Funktion	Rang im Rating			Punkte		
		2015	2014	Aufstieg/ Abstieg im Rang	2015	2014	Zu- nahme/ Abnahme gegenüber 2014
Putin, Wladimir	Präsident der Russischen Föderation	1	1	0	9,34	9,67	-0,33
Medwedew, Dmitrij	Ministerpräsident der Russischen Föderation	2	2	0	7,58	7,67	-0,09
Iwanow, Sergej	Leiter der Präsidentialadministration. Gilt als ein führender »silowik« (Angehöriger der »Machtorgane«, d.h. Militär, Polizei und Geheimdienste)	3	3	0	7,42	7,37	0,05
Lawrow, Sergej	Außenminister	4	8	4	6,97	6,29	0,68
Wolodin, Wjatscheslaw	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration	5	4	-1	6,94	7,09	-0,15
Schojgu, Sergej	Verteidigungsminister	6	6	0	6,82	7,02	-0,20
Setschin, Igor	Präsident des staatlichen Energiekonzerns »Rosneft«. Gilt als führender »silowik«	7	5	-2	6,07	7,06	-0,99
Bortnikow, Alexander	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	8	16	8	5,90	5,60	0,30
Peskow, Dmitrij	Pressesekretär des Präsidenten, Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration	9–10	9	0	5,87	6,06	-0,19
Schuwalow, Igor	Erster Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Wirtschafts- und Finanzpolitik	9–10	7	-2	5,87	6,35	-0,48
Siluanow, Anton	Finanzminister	11	11	0	5,80	5,93	-0,13
Kirill	Patriarch von Moskau und der ganzen Rus	12	10	-2	5,75	6,01	-0,26

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden russischen Politiker. Die Rankings 2014 und 2015 im Vergleich (Fortsetzung)

Name	Funktion	Rang im Rating			Punkte		
		2015	2014	Aufstieg/ Abstieg im Rang	2015	2014	Zu- nahme/ Abnahme gegenüber 2014
Bastrykin, Alexander	Vorsitzender des Untersuchungsausschusses der Russländischen Föderation	13	14	1	5,54	5,75	-0,21
Rogosin, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für den Rüstungsbereich, Vertreter rechtsnationaler Positionen	14	15	1	5,44	5,67	-0,23
Miller, Alexej	Vorstandsvorsitzender des Energiekonzerns Gazprom	15	13	-2	5,43	5,79	-0,36
Nabiullina, Elvira	Vorstandsvorsitzende der Zentralbank der Russischen Föderation	16	18	2	5,40	5,53	-0,13
Gromow, Alexej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	17–18	19	2	5,38	5,29	0,09
Sobjanin, Sergej	Bürgermeister der Stadt Moskau	17–18	12	-5	5,38	5,91	-0,53
Naryschkin, Sergej	Vorsitzender der Staatsduma	19	17	-2	5,32	5,54	-0,22
Patruschew, Nikolaj	Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation. Bis 2008 Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	20	27	7	5,22	4,81	0,41
Matwijenko, Walentina	Vorsitzende des Föderationsrates	21	22	1	5,18	5,04	0,14
Tschemesow, Sergej	Generaldirektor des staatlichen Rüstungs- und Technologiekonzerns Rostech	22	24	2	5,16	4,90	0,26

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden russischen Politiker. Die Rankings 2014 und 2015 im Vergleich (Fortsetzung)

Name	Funktion	Rang im Rating			Punkte		
		2015	2014	Aufstieg/ Abstieg im Rang	2015	2014	Zu- nahme/ Abnahme gegenüber 2014
Dworkowitsch, Arkadij	Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Wirtschafts- und Finanzfragen, gilt als liberaler Wirtschaftspolitiker	23	20	-3	5,00	5,28	-0,28
Golodez, Olga	Stellvertretende Ministerpräsidentin mit Zuständigkeit für das Gesundheitswesen und soziale Fragen	24	25	1	4,92	4,86	0,06
Kolokolzew, Wladimir	Innenminister	25	21	-4	4,90	5,10	-0,20
Kosak, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Sewastopol und die Krim. Gilt als eine der Schlüsselfiguren in der Umgebung Putins.	26	30	4	4,83	4,71	0,12
Golikowa, Tatjana	Vorsitzende des Rechnungshofes der Russländischen Föderation	27	36	9	4,82	4,53	0,29
Tschajka, Jurij	Generalstaatsanwalt der Russländischen Föderation	28	44–45	16	4,79	4,40	0,39
Kowaltschuk, Jurij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, Vorsitzender des Direktorenrats der Bank »Rossija«	29–30	29	0	4,78	4,73	0,05
Timtschenko, Gennadij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, früher Mitbesitzer der Gunvor Group	29–30	26	-3	4,78	4,84	-0,06
Prichodko, Sergej	Stellvertretender Ministerpräsident. Leiter des Regierungsapparats	31	35	4	4,76	4,56	0,20

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden russischen Politiker. Die Rankings 2014 und 2015 im Vergleich (Fortsetzung)

Name	Funktion	Rang im Rating			Punkte		
		2015	2014	Aufstieg/ Abstieg im Rang	2015	2014	Zu- nahme/ Abnahme gegenüber 2014
Gref, German	Präsident der staatlich kontrollierten »Sberbank«, der größten russischen Bank. Führender liberaler Wirtschaftspolitiker	32	33–34	1	4,74	4,57	0,17
Sjuganow, Gennadij	Vorsitzender des ZK der Kommunistischen Partei (KPRF), Vorsitzender der Dumafraktion	33	32	-1	4,73	4,68	0,05
Abramowitsch, Roman	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär	34	23	-11	4,70	4,95	-0,25
Deripaska, Oleg	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, Generaldirektor von »Basowj Element«	35	28	-7	4,96	4,74	0,22
Belousow, Andrej	Assistent des Präsidenten, zuständig für Wirtschaftsfragen	36	41	5	4,65	4,44	0,21
Rotenberg, Arkadij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, früher Judotrainer von Wladimir Putin	37	61	24	4,59	4,00	0,59
Kostin, Andrej	Finanzmann, Vorstandsvorsitzender der staatlichen Außenhandelsbank VTB	38–39	37–39	-1	4,56	4,49	0,07
Usmanow, Alischer	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär	38–39	40	2	4,56	4,45	0,11
Wajno, Anton	Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration, vorher lange Protokollchef des Ministerpräsidenten	40		Neu	4,55		Neu
Woronowa, Tatjana	Leiterin der Abteilung für Innenpolitik in der Präsidialadministration	41–42		Neu	4,52		Neu
Ernst, Konstantin	Generaldirektor des staatlichen Fernsehsenders »Erster Kanal«	41–42	33–34	-8	4,52	4,57	-0,05

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden russischen Politiker. Die Rankings 2014 und 2015 im Vergleich (Fortsetzung)

Name	Funktion	Rang im Rating			Punkte		
		2015	2014	Aufstieg/ Abstieg im Rang	2015	2014	Zu- nahme/ Abnahme gegenüber 2014
Trutnew, Jurij	Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für die Entwicklung des russischen Fernen Ostens	43	62	19	4,51	3,98	0,53
Jakunin, Wladimir	Präsident des Staatkonzerns »Russische Eisenbahnen«, im August 2015 zurückgetreten	44	48	4	4,45	4,32	0,13
Newerow, Sergej	Stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma, Generalsekretär der Partei »Einiges Russland«	45	49	4	4,41	4,30	0,11
Murow, Jewgenij	Direktor des Föderalen Schutzdienstes FSO, der für die Sicherheit des Präsidenten und der Regierungsmitglieder zuständig ist.	46	54	8	4,36	4,18	0,18
Brytschewa, Larisa	Assistentin des Präsidenten, Leiterin der Abteilung für Staat und Recht in der Präsidentialadministration	47	43	-4	4,34	4,41	-0,07
Artmjew, Igor	Leiter des Antimonopoldienstes	48	44–45	-4	4,33	4,40	-0,07
Dobrodejew, Oleg	Generaldirektor der Staatlichen Russischen Fernseh- und Radiogesellschaft WGRK	49–50	42	-7	4,28	4,43	-0,15
Uljukajew, Alexej	Minister für Wirtschaftsentwicklung	49–50	37–39	-12	4,28	4,49	-0,21

Quelle: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2014 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 12. Januar 2015 <http://www.ng.ru/ideas/2015-01-12/9_top100.html>; Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2015 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 13. Januar 2016 <http://www.ng.ru/ideas/2016-01-13/9_top100.html>, 13. Januar 2016>.

Russland nach Putin

Fast zwei Wochen hat man in Russland Silvester und orthodoxe Weihnachten gefeiert. Alle Staatsangestellten, Lehrer und Ärzte hatten bis zum 11. Januar frei. Auch die meisten Journalisten waren im Urlaub, so dass es in den russischen Medien außer kurzen Meldungen kaum Nachrichten gab, die die Erholung der russischen Bürger hätten beeinträchtigen konnten. Angesichts der aussichtslosen Wirtschaftslage und der Ratlosigkeit der Regierung hinsichtlich des sinkenden Rubelkurses konnte Russland dann aber doch nicht völlig entspannt ins neue Jahr blicken. Außenpolitische Spannungen, niedrige Erdölpreise und flächendeckende Kürzungen des Staatetats lassen kaum jemandem die Hoffnung, dass das Schaltjahr Ruhe und Wohlstand ins Land zurückbringt.

Während im russischen Netz 2015 oft gerätselt wurde, wann endlich Russland das Tal der Wirtschaftskrise erreicht haben wird, begann das neue Jahr mit der Debatte, wie lange das überhaupt noch so weitergehen kann und was das Land eigentlich nach Putin erwartet. Der Auslöser der Debatte war ein Beitrag des Exil-Oppositionellen Garri Kasparow, der auf Grund von Schuldzuweisungen an das russische Volk rasch für Aufsehen sorgte. Der Ex-Schachweltmeister schlägt vor, nach dem Rücktritt Putins keine Wahlen mehr durchzuführen, sondern das Land zunächst von der alten Elite zu »reinigen« und die Gesellschaft darüber aufzuklären, was die Sowjetunion und die Putin-Ära für das Land bedeutet hat. Der Menschenrechtler Alexej Tabalow stimmt Kasparow zu, fragt sich aber, wer die »Entsowjetisierung« und »Entputinisierung« durchführen soll. Der Journalist Oleg Kaschin kritisiert Kasparow wegen dessen kompromissloser Position gegenüber dem russischen Volk und betont, dass Russland eine Opposition, die demokratische Wahlen fürchtet, nicht brauche. Der kremlnahe Experte Dmitrij Orlow beruhigt seine Freunde auf Facebook und weist darauf hin, dass man sich angesichts der hohen Zustimmungswerte und guten Chancen für Putin bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018 keine Sorgen über die politische Zukunft Russlands machen muss. Der Philosoph Alexander Rubzow prognostiziert in der Zeitung »Wedomosti« nach der Putin-Ära ein bitteres Ende, das mit der Krise nach dem Zerfall der Sowjetunion vergleichbar sein werde.

Kasparow: Russland nach Putin

«Die Geschichte zeigt, dass das Scheitern eines aggressiven außenpolitischen Kurses für Diktaturen wie das Regime Putin zum Auslöser für explosionsartige Proteste im Lande führt. Ich habe bereits gesagt, dass die Abkehr von einer imperialen Konzeption für Russland eine Aufgabe von grundsätzlicher Bedeutung darstellt. Wir müssen jetzt das tun, was vor 25 Jahren versäumt wurde, und zum Ausdruck bringen, wie der Staat namens Russland aussehen soll. Das Land sollte eine Impfung gegen den Virus des Imperialen erhalten und endgültig den Phantomschmerz der »verlorenen Größe« loswerden. Genau auf diese imperialen Illusionen zielt das Putinsche Regime ab und sichert sich trotz steigender sozialer und wirtschaftlicher Spannungen die Unterstützung eines Großteils der russischen Gesellschaft. Die Menschen müssen endlich begreifen, dass all diese Dinge miteinander verbunden sind. Es steht fest, dass Russland nach dem Untergang von Putins Regimes eine »Reinigungsphase« braucht., bei der die Menschen verstehen müssen, dass für alles – für die Unterstützung Putins, für Georgien, für die Krim und den Donbass – eine Zeche zu zahlen ist. Deutschland und Japan haben einen furchtbaren Preis für den angezettelten Weltkrieg gezahlt und die 70 Jahre lang erhaltene Impfung wirkt.

Unsere Aufgabe ist, nicht zuzulassen, dass Russland einen ebenso hohen Preis zahlen muss; dass es aber einen Preis gibt, das müssen die Menschen verstehen. Sie werden unangenehme Dinge darüber hören müssen, was geschehen ist, und darüber, dass sie faktisch die Verbrechen des Regimes unterstützt haben. Sie müssen einsehen, dass das Land mit ihrer Erlaubnis ausgeraubt wurde und der Wiederherstellungsprozess ähnlich viel Zeit kosten wird, wie das Rauben angedauert hat. Aus diesen Gründen empfinde ich es als sinnlos, direkt nach dem Untergang des Regimes Putins Wahlen durchzuführen. Nach Putin werden nämlich diejenigen kommen, die den Versuch unternehmen werden, das Volk zu »trösten« und im selben Zuge die volle Verantwortung auf den »Diktator« und sein nächstes Umfeld abzuwälzen, frei nach dem Motto, es habe einige übertriebene Härten und Abweichungen vom Gesetz gegeben. Das sind aber alles andere als übertriebene Härten. Das Regime Putin ist der Nachfolger eines totalitären Regimes, das die Blüte der Nation vernichtet hat. Das Regime Putin ist die Fortsetzung einer verbrecherischen Organisation namens »WTschK-OGPU-NKWD-KGB-FSB« [Tschecha–Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung–Volkskommissariat des Innern–Komitee für Staatssicherheit–Föderaler Sicherheitsdienst]. Wir brauchen nicht nur unser historisches »Nürnberg«, das den Verbrechen der kommunistischen Diktatur eine juristische Bewertung gibt, sondern auch reale Strafprozesse für die Architekten und Handlanger des heutigen Regimes. Im Grunde braucht man eine totale »Entsowjetisierung« und insbesondere eine »Ent-KGBisierung« der Gesellschaft, denn mit dem ideologischen Nachlass der KPdSU sind wir mehr schlecht als recht fertig geworden Die Tatsache aber, dass die Gesetzesverächter heute

im Kreml, in der Duma und anderen Korridoren der Macht sitzen, ist in erster Linie die Folge davon, dass die KGB-Archive immer noch geschlossen sind.«

Garri Kasparow am 2. Januar 2016 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/KasparovHome/posts/1023697990986155>>.

Tabalow: Wer wird aber die »Entputinisierung« führen?

»Ich bin mit fast allem einverstanden. Ich würde nur von meiner Seite hinzufügen, dass man nicht wieder denselben Fehler begehen darf, den Jelzin seinerzeit begangen hat: Er hat keine Lustration [»Durchleuchtung« und ggf. Entfernung politisch vorbelasteter Staatsangestellter; d. Red.] durchgeführt. Es ist nicht möglich, ein neues Land mit den alten Eliten aufzubauen!!! Deswegen muss die Lustration streng sein und in allen Bereichen durchgeführt werden: Regierung, politische Parteien, Medien, Hochschulen, Macht- und Sicherheitsorgane, Gerichte. Das einzige, was mir bei Kasparow nicht so ganz klar ist: Wenn man direkt nach Putin keine Wahl durchführen soll, wer wird die Macht ausüben und die »Entsowjetisierung«, »Entkommunisierung«, »Entputinisierung«, etwas wie Nürnberg und die Lustration durchführen? Eine Provisorische Regierung?, Eine externe Verwaltung? Wer?«

Alexej Tabalow am 10. Januar 2016 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/alexey.tabalov/posts/1194369017258864>>.

Kaschin: Nach Putin brauchen wir keine »gute Diktatur«

»[...] Sehr gute Idee – sehr gut in dem Sinne, dass genau so proputinsche Flugblätter zu verfassen wären: Man fokussiert dabei nicht auf die Situation jetzt, sondern darauf, dass die »Reinigungsphase« erst morgen beginnt und dann niemand ungeschoren bleibt. Unter den überzeugten Anhängern des heutigen Regimes ist übrigens diese These in der Tat sehr verbreitet: Ja, Putin ist in vielem schlecht; es gibt aber das Risiko, dass es ohne Putin noch schlimmer wird. Nun tritt Kasparow auf die Bühne und sagt: Ja, ja, auf jeden Fall wird es schlimmer; ich werde alles tun, damit es schlimmer wird, da könnt ihr sicher sein.

Dabei hat ja niemand Zweifel, aber warum muss man es denn noch schlimmer machen? Die Verantwortung für Putin den Russen aufzuerlegen, das ist so eine Logik im Stalinschen Stil, eine, mit der diejenigen ins Lager geschickt wurden, die in deutscher Gefangenschaft gewesen waren. Unfreiheit gegen Unfreiheit, Unfreiheit im Quadrat, Unfreiheit um der Unfreiheit Willen, das ist sinnlose und absurde Grausamkeit. Kasparow glaubt, dass die Russen das verdient haben. Es ist sein Recht, das zu meinen. Es ist aber auch das Recht der Russen in einem Russland nach Putin, die Ansicht von Garri Kasparow zu missachten, umso mehr, als sie es verdient, dass man sie missachtet. [...]

Viel wichtiger ist aber, dass die Herrschaft Putins in sechzehn Jahren nie das Ergebnis einer freien Wahl der Russen war: 1999 hat eine bestimmte Person Putin zum Nachfolger ernannt. Das System der administrativen, propagandistischen und polizeilichen Unterdrückung der Gesellschaft wurde bereits in den Neunzigern in Russland etabliert und ist seither noch nicht ins Stocken geraten. Der Verweis auf Putinsche Wahlen als Beleg einer allgemeinen Unterstützung Putins ist ein ebensolcher Zynismus wie Putinsche »Umfragen« zur Stromversorgung der Krim.¹ Wenn das System Putin den Russen irgendwelche Vorzugsrechte gewährt hätte (Etwa ganz konkret: »Wir haben JuKOS ausgeplündert und hier, verehrte Russen, haben Sie alle hundert Dollar pro Person, jetzt sind Sie alle Teilhaber«; oder aber: »Hier bekommen Sie alle ein Grundstück auf der Krim, nun gehört die Krim Ihnen.«), dann hätte es noch einen Sinn ergeben, über kollektive Verantwortung zu diskutieren. So aber beschränkt dieses System die Freiheit der Russen, nimmt ihnen die Wahl und unterdrückt sie. Und dafür sollen die Russen auch noch die Zeche zahlen?

Putinsche und »mehr als Putinsche« Charakteristika bei den Putin-Kritikern weisen darauf hin, dass sie dieselbe Angst haben, wie Putin sie zweifellos verspürt. Die Angst, die Macht zu verlieren; die Angst, sich unmittelbar einem ungelenkten politischen Prozess gegenüber zu sehen. Die Versuchung, eine »schlechte« Diktatur durch eine »gute« auszutauschen ist Idealismus und Schweinerei zugleich [...]

Zukunft bedeutet eben auch deshalb Zukunft, damit man nicht die notorischsten und böartigsten Merkmale der Gegenwart dorthin mitschleppt. Eine Opposition, die Angst vor der Demokratie und dem Volk hat, ist eine schlechte, eine untaugliche Opposition. Wenn man Gedanken über das zukünftige Bild Russlands anstellt, sollte man nicht mit der Suche nach Schlupflöchern beginnen, die den Machterhalt auf eine Art garantieren würden, wie Putin derzeit seine Macht erhält.«

Oleg Kaschin am 14. Januar 2016 auf svoboda.org; <<http://www.svoboda.org/content/article/27470299.html>>.

¹ Gemeint ist eine im Auftrag der russischen Regierung im Dezember 2015 durchgeführte Umfrage, bei der die Bevölkerung auf der Krim gefragt wurde, ob sie bereit sei, Unannehmlichkeiten durch Stromausfälle zu dulden oder sich im Gegenzug gegen Stromlieferungen aus der Ukraine auf die Krim und die Stadt Sewastopol als ukrainisches Territorium zu bezeichnen; d. Red.

Orlow: Wir werden weiter in der Putin-Ära leben

»[...] Eine erstaunliche Debatte beginnt da, meine Freunde, eine Debatte über »Russland nach Putin«. Der Grad der Unterstützung für Putin in der Gesellschaft ist sehr hoch – das ist allgemein bekannt. Recht offensichtlich ist auch, dass die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, wenn sie sich verschärfen, eine entsprechende Proteststimmung hervorrufen und weiter hervorrufen werden. Es ist ein Leichtes zu prognostizieren, dass diese Proteststimmung in eine Unzufriedenheit mit den Regionaladministratoren (in einigen Regionen) und dem einen oder anderen Regierungsbeamten führen wird.

Und Putin? Ich bin der Überzeugung, dass er, selbst wenn seine Umfragewerte ein wenig eine Korrektur nach unten erfahren würden, ohne große Schwierigkeiten bei der Wahl 2018 den Sieg erringen wird. Der Präsident hat mehrmals selbst zu verstehen gegeben, dass er seine Teilnahme an den Wahlen 2018 nicht ausschließt. Angesichts seiner bekanntermaßen zurückhaltenden Äußerungen, kann man getrost annehmen, dass die Entwicklung der Dinge bereits vorentschieden ist. Die Verfassung setzt hier keine Einschränkungen. Folgerichtig würde das Thema »Russland nach Putin« erst im Jahr 2022 aktuell werden. Wir haben in der Putin-Ära gelebt, leben in ihr und werden in der Putin-Ära leben[...]«

Dmitrij Orlov am 11. Januar 2016 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/dmitry.orlov.35/posts/759323914173720>>.

Rubzow: Back from the USSR, zweite Runde

»[...] Wie auch immer man die Lage bewertet, erwartet uns in der mehr oder weniger nahen Zukunft eine zweite Auflage einer Form der Transformation, die dem Übergang aus der UdSSR ins neue Russland ähneln könnte, mit noch einem »Jelzin«, neuen »Neunzigern« usw. Das wird man durchmachen müssen, selbst wenn nach Putin das Land (oder was davon übrigbleibt) in eine noch seltsamere Form rutscht. Früher oder später werden wir wieder an der Wegscheide stehen, auf das eine oder andere besser vorbereitet als damals Anfang der Neunziger, aber auch, ohne in dieser Zeit der verratenen und nichtsnutzig konsumierten Freiheit etwas zu haben. [...]

Einen Staat im eigentlichen Sinne gibt es nach wie vor nicht. Es sind dieselben Prothesen, die von einer schattenwirtschaftlichen Korporation gesteuert werden, die allgegenwärtig ist, aber keinerlei Verantwortung trägt, wie seinerzeit die KPdSU (dabei zieht heute der Führer die Funktionen und Befugnisse beinahe der ganzen Partei an sich). Die Wirtschaft der politischen Disziplin wurde von einer Kumpel- und Vetternwirtschaft abgelöst, was noch weiter von einem gleichwertigen Austausch entfernt ist. Die Korporation ist nicht in der Lage abgelöst zu werden und verantwortlich zu sein, deswegen steht ihr ein Abgang bevor, der nicht einfach sein wird, wonach der Staat auf bislang unklarer Grundlage wiederaufgebaut werden muss [...]. Mit dem imperialen Pomp bricht auch dieser aggressive, offensive Kollektivismus zusammen. Das Sozialwesen zerfällt in Atome, die wohl allerhöchstens durch ein Pathos des Überlebens inspiriert werden. Die »von den Knien aufgestandenen« werden sich wieder in ihre Höhlen verkriechen und die zu einem unmöglichen Preis erkaufte nationale Würde verfluchen. Der Triumph des patriotischen Kollektivismus wird in einem Unbehagen über den jüngsten Zusammenschluss enden: Ehrliche Patrioten werden einander meiden und die Augen abwenden. Wenn die Vorräte dann zur Neige gehen, werden die aus den Machtstrukturen und die Propagandisten die ersten Überläufer sein[...]«

Alexander Rubzow 14. Januar 2016 auf [vedomosti.ru](http://www.vedomosti.ru); <<http://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2016/01/15/624084-metafizika-vlasti-novii-ishod-sssr>>.

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

Der Federhalter, mit dem Putin am 18.3.2014 den Vertrag über die Aufnahme der Krim in den Verband der Russischen Föderation unterschrieb (im Zentralen Staatlichen Museum für Zeitgeschichte in Moskau)

Foto: HHS



Ein Hauch von Panik. Könnte Kudrin Russland retten? Und Putin dazu?

Jens Siegert, Moskau

Zweimal bereits in den vergangenen drei Monaten habe ich mich in diesen Notizen mit der Wirtschaftskrise in Russland beschäftigt (<http://russland.boellblog.org/2015/10/22/wirtschaftskrise-in-russland-und-keiner-protestiert-warum/>), <http://russland.boellblog.org/2015/12/15/wirtschaftskrise-und-protest-in-russland/>). Dabei habe ich, gestützt auf zahlreiche Wirtschaftsexperten, argumentiert, dass es schlecht bis schlimm um Russlands Wirtschaft bestellt ist, dass eine Wende unter der gegenwärtigen politischen Führung unwahrscheinlich ist, dass die russische Wirtschaft aber trotzdem, vor allem dank der in besseren Jahren angesparten Reserven, der propagandistisch angefeuerten Mobilisierung und auch der traditionellen Duldsamkeit der russischen Bevölkerung noch ein wenig durchhalten dürfte. Einen Fast-Zusammenbruch des Landes wie 1998, als es nach dem Fall des Bruttoinlandsprodukts um mehr als 50 Prozent gegenüber 1991 zum faktischen Staatsbankrott kam, habe ich als (zumindest vorerst) nicht zu erwarten eingeschätzt. Ebenso schien mir, als ob Putin trotz der Krise kaum so bald erhebliches innenpolitisches Ungemach drohe.

Doch nun, kurz nach dem Jahreswechsel, sieht alles anders aus. Erst warnte Finanzminister Anton Siluanow direkt nach Ende der Neujahrsferien auf dem Gajdar-Wirtschaftsforum in Moskau, wenn sich nicht ganz schnell und ganz bald etwas ändern werde, bestehe sehr wohl die Gefahr einer Wiederholung von 1998. Tags darauf malte Präsident Putin, eigentlich auf die Rolle des geborenen Siegers festgelegt, die nahe Zukunft in den düstersten Farben. Noch sei es zwar nicht so weit, noch gebe es zwar Hoffnung, so Putin auf einer Regierungssitzung, aber jedermann müsse sich auf alle denkbaren Entwicklungsszenarien einrichten (wobei alle verstanden, dass mit »alle denkbaren« die »denkbar schlechtesten« gemeint waren).

Unterdessen fällt der Ölpreis nahezu jeden Tag ein bisschen weiter und der Rubelkurs fällt mit ihm. Während noch vor einem halben Jahr die meisten Wirtschaftsanalysen davon ausgingen, dass das Geld wohl, wenn es denn nur ein wenig rationiert werde (im russischen Regierungssprech heißt das dann »Optimieren des Haushalts«), bis über die nächsten Wahlen zur Staatsduma (September 2016) und die Präsidentschaftswahlen (Frühjahr 2018) hinaus reichen würde, tauchen nun erste Warnungen auf, die schon für das laufende Jahr akute staatliche Geldknappheit voraussagen.

Dazu passt auch die Ankündigung von Ministerpräsident Dmitrij Medwedew, überall müsse nun gespart werden, ausgenommen seien nur das Militär, die Renten und die Gehälter der Staatsangestellten. Finanzminister Siluanow verfügte daraufhin Mitte Januar (der Ölpreis war mittlerweile auf unter 30 US-Dollar für die Marke »Brent« gesunken) eine zehnpromtente Haushaltskürzung quer durch alle Ressorts. Kommentatoren überboten sich sogleich mit der Vorhersage, dass das wohl nicht reichen werde. Alles riecht nach Panik.

Am radikalsten äußerte sich German Gref, ehemaliger Wirtschaftsminister und heute Chef der staatlichen »Sberbank« (der bei weitem größten Bank Russlands), auf dem schon erwähnten Gajdar-Wirtschaftsforum: Russland habe den Anschluss verpasst. Das Land sei ein (Gref gebrauchte das englische Lehnwort) »Downshifter« geworden, es habe den internationalen Wettbewerb verloren. Und ohne schnellstmögliche Änderungen des »Lenkungssystems« sehe er keine Möglichkeit zur Besserung. Der zehnmünitige Videomitschnitt von Grefs Philippika ist ein Internethit (<http://www.vedomosti.ru/economics/video/2016/01/15/624203-gref-izmenyat-vse-gosudarstvennie-sistemi>).

Gref steht stellvertretend für die liberalen Technokraten in der Staatsführung. Sie haben gemeinsam mit Präsident Putin das politökonomische Modell des heutigen russischen Staates geschaffen. Und sie sind bis heute für seine makroökonomische Stabilität zuständig. Sie kontrollieren auch immer noch einen erheblichen Teil der russischen Wirtschaft. Allerdings tun sie das von Putins Gnaden.

Das Neuartige an Grefs Äußerungen ist nicht eine öffentliche Kritik, die auch aus dem Umkreis des Kremls oder gar direkt aus der Regierung kommt. Die gibt es schon, seit es mit der russischen Wirtschaft nicht mehr aufwärts geht, also spätestens seit 2009. Das Neue ist die Radikalität und – damit einhergehend – eine politische Dimension. Wenn er nämlich technokratisch von »Lenkungssystem« spricht, kann damit nur das politische System gemeint sein. Das darf er aber gar nicht meinen, denn das System ist sakrosankt und die Kremlliberalen sind keine Politiker, sondern eben Bürokraten.

Gref agiert also hilflos und subversiv zugleich. Hilflos, weil er nicht mehr tun kann, als Putin seine Pläne in der Hoffnung auf Einsicht und Änderung der Politik anzubieten. Es ist allein Putins Entscheidung, wie es weitergeht. Die Hoffnung aber, Putin könne den gegenwärtigen Kurs ernsthaft ändern, ist gering. Zu sehr hängt die Legitimität seiner Herrschaft von der propagandistisch

erzeugten Unterstützung durch das Volk ab. Zu viele seiner Mitstreiter (aus den Sicherheitsapparaten ebenso wie aus der Wirtschaft) haben sehr viel zu verlieren. Und deshalb ist Gref auch subversiv. Denn er fordert eigentlich – ob er das nun weiß (und dann auch will) oder nicht – die Ablösung des politischen Regimes und damit den Sturz Putins. Man kann Grefs Äußerungen freilich *auch* als Versuch interpretieren, sich vor dem großen Crash vom Regime zu distanzieren und seine Hände in Unschuld zu waschen (wobei unter *Crash* sowohl der wirtschaftliche Zusammenbruch als auch eine national-totalitäre Wendung des Putinregimes verstanden werden kann).

Womit ich – wie in der Überschrift angekündigt – zum ehemaligen Finanzminister Alexej Kudrin komme. Auch Kudrin war in der Selbstzuschreibung kein Politiker, sondern Beamter und Experte. Ein bis heute hier wie dort hochangesehener, wohlbemerkt. Dank seiner Expertise, aber auch einer gewissen Standhaftigkeit wurde in den fetten 2000er Jahren mit dem staatlichen Stabilitäts- und dem Wohlfonds das Sicherheitspolster angelegt, von dem Land und Regime seit nun schon mehr als fünf Jahren Krise zehren. Dieses Ansehen und die trotz Rausschmiss andauernde »Freundschaft« mit Putin (von diesem wiederholt öffentlich bekräftigt) haben dazu geführt, dass sich in kritischen Momenten immer wieder (zuletzt direkt vor dem Jahreswechsel) Gerüchte »verdichten«, Kudrin werde in Kürze von Putin zu irgendetwas Wichtigem ernannt (vielleicht gar zum Ministerpräsidenten, mindestens aber zu dessen erstem Stellvertreter mit Sondervollmachten oder gleich zum Sonderbeauftragten des Präsidenten für Wirtschaft, also zu so eine Art Notstandskommissar), um den auf einen Eisberg zulaufenden Tanker Russland in letzter Minute umzulenken. Passiert ist das nie.

Niemand kann sagen, ob das nicht passiert ist, weil Kudrin die angebotenen Bedingungen nicht zugesagt haben oder weil Putin kein entsprechendes (entsprechend gutes) Angebot gemacht hat. Wahrscheinlich, wie so oft bei komplizierten politischen Aushandlungen, von beidem etwas. Vorausgesetzt aber, Putin hätte Kudrin eine Rückkehr angeboten, könnte dessen Zurückhaltung auch daran liegen, dass er sich seiner Rolle als vom Präsidenten abhängiger Technokrat durchaus bewusst ist und weiß (oder zumindest vermutet), dass dessen politische Prioritäten anders liegen, als es Kudrins Meinung nach notwendig wäre, um die russische Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Diese Erkenntnis mag, neben kolportierten Karriereambitionen und Differenzen über die weitere Wirtschaftspolitik (vor deren Weg in die Mobilisierungsfalle Kudrin schon früh gewarnt hat, als er noch Finanzminister war), bei seinem Abgang aus der Regierung im Jahre 2011 eine Rolle gespielt haben.

Wohl auch deshalb hat Kudrin versucht, sich in der Zwischenzeit mit dem »Komitee für Bürgerinitiativen« (»Komitet Graschdanskich Inizijatiw«) und dem »Allrussischen Zivilgesellschaftsforum« eine soziale (ich wage hier nicht das Wort »politische«) Basis aufzubauen. Sie soll zumindest eine Andeutung von Unabhängigkeit ermöglichen. Damit hat er sich, immer sehr vorsichtig und akkurat, politisch in Position gebracht. Allerdings hat er es nie gewagt, offen politisch zu werden (also auch nur andeutungsweise die Machtfrage zu stellen). Weder durch die Gründung oder Unterstützung einer politischen Partei oder, wie es in Russland oft bewusst ungenau-verschleiend heißt, »politischen Bewegung«, noch durch irgendwelche öffentlichen politischen Forderungen, die nicht sein »Fachgebiet«, also die Wirtschaft betreffen.

Somit bleibt auch er, was die sogenannten Kremlliberalen insgesamt sind, ein Anhängsel des Patriarchen, sei der nun gut oder schlecht. Kudrins äußerst vorsichtige Versuche, sein Image als kompetenter, aber eben auch aufrechter Fachmann in politisches Kapital umzuwandeln, stoßen hier an eine unsichtbare Grenze, eine Grenze, die Putin mit der autoritären Evolution seiner politischen Herrschaft bewusst gezogen hat und eifersüchtig kontrolliert.

Solange für Putin wirtschaftliche Vernunft und Machterhalt verbindbar schienen, hatte diese hier an Kudrin beschriebene Haltung, typisch für die allermeisten Fachleute in Regierung und Administration, sogar eine gewisse ethische (wenn auch nicht politische) Berechtigung. Für Putin ist diese Verbindung dagegen wohl immer nur ein Kompromiss auf Zeit gewesen, den er spätestens 2012 aufgekündigt hat. Auch jedes Mal zuvor, wenn er zwischen wirtschaftlicher Vernunft und Machterhalt wählen musste, hat sich Putin für den Machterhalt entschieden.

Doch einmal angenommen, ich (und mit mir viele andere) hätte Unrecht, Putin würde uns erneut überraschen, Kudrin einen verantwortlichen und einflussreichen Posten und viel Handlungsfreiheit geben. Was wäre dann möglich?

Ein Beispiel. Kudrin hat in den vergangenen Jahren sehr detaillierte Reformpläne zu fast allem ausarbeiten lassen, das mit Wirtschaft zu tun hat, auch eine Reform des Innenministeriums. Wirtschaftsverbrechen gehören zu den häufigsten Ermittlungsverfahren bei Polizei und Staatsanwaltschaft. Ebenso häufig werden sie eingestellt, bevor es zu einem Gerichtsverfahren kommt, da die Verfahren in den meisten Fällen keine echten Verbrechen untersuchen, sondern lediglich der Erpressung von Unternehmern und Unternehmen durch kriminelle Gruppen innerhalb der Sicherheitsapparate dienen. All diese Missstände sind bekannt und von Putin

öffentlich verurteilt worden, zuletzt bei seiner Rede zur Lage der Nation im vergangenen Dezember. Geändert hat sich nichts.

Es fällt sehr schwer, zu glauben, dass es nun, mit Kudrin als »Sonderkommissar« anders würde. Viel wahrscheinlicher ist, dass passieren würde, was bisher immer passiert ist. Selbst wenn Kudrin das (öffentliche!) O.K. von Putin bekäme, würden auf dem Weg zu echten Reformen so viele Hindernisse und Verwässerungen auftauchen, dass sie wie alle anderen Versuche zuvor scheitern würden. Das hat nichts (zumindest nicht in erster Linie) mit dem Wollen und Können von Kudrin zu tun. Vielleicht nicht einmal mit dem Wollen von Putin, sondern ist dem gegenwärtigen politischen System geschuldet.

Das weiß natürlich auch Kudrin. Deshalb könnte ein weiteres Ziel seiner Rückkehr die Rückkehr an sich sein. Das Putinsche System hat sich seit Kudrins Rauschmiss derart radikalisiert, dass allein seine Rückkehr einen stabilisierenden und damit die endgültige Katastrophe verhindernden Effekt haben könnte. In den 2000er Jahren hat Putin weitgehend die Balance zwischen (ich weiß, ich vereinfache hier) eher konservativen Sicherheitsleuten und eher liberalen Wirtschaftsleuten gehalten. Diese Balance ist seit Kudrins Abgang, spätestens aber seit 2012 zerstört. Sollte es so sein, wäre eine Rückkehr Kudrins, wie Maxim Trudoljubow schreibt, »ein Akt der Verzweiflung oder einer des staatsbürgerlichen Mutes.« Kudrin hätte dann etwas von einem Psychologen, der einem Selbstmörder auf das Dach eines Hochhauses folgt, um ihn vom Sprung abzuhalten – auf die Gefahr hin, selbst mit in den Abgrund gezogen zu werden.

Aber eine Rückkehr Kudrins beinhaltet natürlich auch die Chance, die Katastrophe tatsächlich abzuwenden. Allein seine Ernennung (und gegenwärtig in Russland wohl nur seine) könnte vor allem nach außen eine beruhigende Wirkung entfalten. Putin erhielte eine Atempause und die Chance, sich mit dem Westen zu

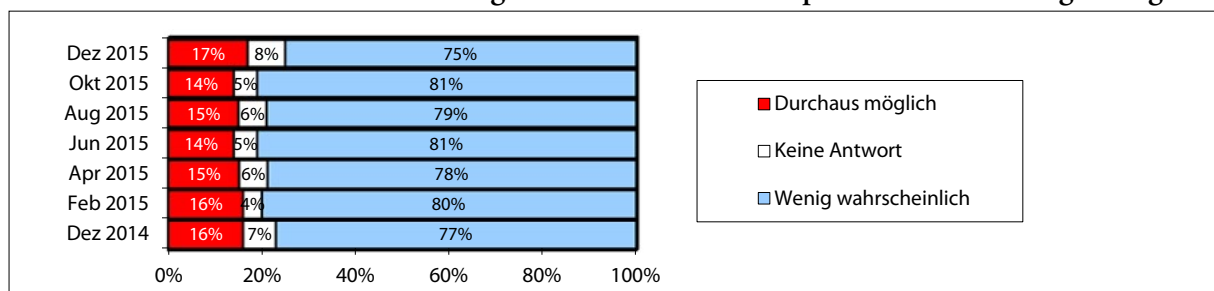
verständigen, ohne zu sehr das Gesicht zu verlieren. Das dürfte eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung sein. Die Frage ist, ob Putin und seine Umgebung das auch so sehen. Bisher sind sie offenbar davon ausgegangen, dass es sich beim niedrigen Ölpreis um eine vorübergehende Störung handelt, die man, mit ausreichend Reserven ausgestattet, aussitzen kann.

Nach innen bleiben die Risiken durch eine Rückkehr Kudrins hoch. Für Putin, weil das nur dann einen positiven Effekt hätte, wenn ein Teil seiner Umgebung dafür (durchaus auch im ursprünglichen Wortsinn) zahlen müsste. Für Kudrin bleiben die Risiken hoch, weil seine soziale (und damit politische) Basis schwach ist. Sie besteht maximal aus jenen 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung, die (immer noch und trotz aller Propaganda) eher liberale, demokratische Reformen wollen und eine weniger konfrontative Außenpolitik. Und Kudrin hat sich bislang gescheut, diesen kleinen Teil der russischen Gesellschaft politisch zu organisieren. Vielleicht war das klug. Vielleicht gibt es Kudrin als halb-politische Kraft nur deshalb (noch), weil er es nicht versucht hat. Alle, die es versucht haben, sind jedenfalls außer Landes oder marginalisiert oder tot. Alle, die es versucht haben, waren aber auch nicht Kudrin.

In allen autoritären Systemen, die sich mehr oder weniger friedlich zu demokratischen Systemen transformiert haben, gab es moralische Autoritäten (manchmal waren das einzelne Menschen, manchmal auch Institutionen wie Armee oder Kirche), die eine Radikalisierung oder eine Zuspitzung der Krise des Ancien Régime verhindert und diesen Übergang moderiert und in gewisser Weise erzwungen haben. In Russland heute, gibt es, außer dem Halbpolitiker Kudrin, niemanden und nichts Vergleichbares. Das stimmt nicht zuversichtlich.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Grafik 16: Sind in Ihrer Stadt/Ihrer Region Protestaktionen mit politischen Forderungen möglich?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfragen des Lewada-Zentrums, im Zeitraum Dezember 2014 bis 18.–21. Dezember 2015; <<http://www.lewada.ru/2015/12/30/protesty-dalnobojshevikov-i-gotovnost-protestovat-sredi-naseleniya/>>, 1. Januar 2016

18. Dezember 2015 – 21. Januar 2016

18.12.2015	Sitzung des nationalen Sicherheitsrates. Thema sind die im UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 2253 zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus sowie Gespräche in New York zur Regulierung des Syrien-Konflikts. Auch das bevorstehende Treffen des Rates der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in Moskau wird thematisiert.
18.12.2015	Das russische Außenministerium kündigt nach der Entscheidung Warschaws, den Korrespondenten von »Russia Today« Leonid Swiridow wegen eines Spionagevorwurfs abzuschließen, Gegenmaßnahmen an. Dem polnischen Journalisten Waclaw Radziwinowicz, der für die polnische Zeitung »Gazeta Wyborcza« arbeitet, wird die Akkreditierung zur journalistischen Arbeit in Russland entzogen.
18.12.2015	Nach Angaben des russischen Justizministeriums wird die Menschenrechtsorganisation »Für Menschenrechte« (Vorsitzender: Lew Ponomarjow) aus dem Register für »ausländische Agenten« gestrichen, da sie nachweisbar keine »ausländischen Agenten-Funktion« mehr erfülle.
19.12.2015	In einem Interview mit dem Radiosender »Echo Moskwy« räumt der stellvertretende Kommandierende der Langstreckenluftstreitkräfte, Generalmajor Anatolij Konowalow, ein, dass es beim Syrien-Einsatz Probleme mit strategischen Bombern, insbesondere luftgestützten Marschflugkörpern, gäbe.
20.12.2015	Die Partei »Jabloko« wählt eine neue Vorsitzende. Emilija Slabunowa, Abgeordnete der Gesetzgebenden Versammlung Kareliens, setzt sich in zwei Wahlgängen gegen den ehemaligen Abgeordneten der Pskower Regionalduma, Lew Schlosberg, durch. Der Parteigründer Grigorij Jawlinskij und der amtierende Vorsitzende Sergej Mitrochin hatten ihre Kandidaturen zuvor zurückgezogen.
20.12.2015	Präsident Wladimir Putin erklärt in einem Interview in der Dokumentation »Weltordnung« (< http://www.rg.ru/2015/12/20/putin-site.html >), die auf »Rossija 1« ausgestrahlt wird, dass die westliche Haltung gegenüber der Ukraine nicht mit der Sorge um das Land, sondern mit dem Versuch zu tun habe, die Wiederbelebung der UdSSR zu verhindern. Dabei gebe es, betont Putin, überhaupt keine Absicht Russlands die Sowjetunion wiederzubeleben.
21.12.2015	In Moskau findet ein Gipfeltreffen des Rates der Organisation des Vertrages zur kollektiven Sicherheit (OVKS) statt. Themen sind die Festigung der regionalen Sicherheit und Stabilität im Vertragsraum, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie die Weiterentwicklung der Organisation. Am gleichen Tag wird eine gemeinsame Sitzung des Obersten Rates der Eurasischen Wirtschaftsunion abgehalten.
21.12.2015	Der Ministerrat der Europäischen Union verlängert die Sanktionen gegenüber Russland um weitere 6 Monate. Die Aufhebung der Sanktionen hänge vom Verhalten Russlands sowie der Einhaltung des Minsker Abkommens ab. Einige Staaten, darunter Italien, hatten im Vorfeld verlauten lassen, dass das Sanktionspaket in naher Zukunft überdacht werden müsse.
22.12.2015	Nach der Beschlagnahmung von russischem Staatseigentum in Frankreich (unter anderem von Anteilen Russlands an den französischen Unternehmen »Arianespace« und »Eutelsat«) zum Zwecke der Entschädigung von ehemaligen Jukos-Aktionären erklärt der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, dass Russland in Kürze rechtliche Gegenmaßnahmen treffen werde.
22.12.2015	Ein Moskauer Gericht veranlasst die Festnahme der Vorsitzenden der russischen Wneschprombank, Larisa Markus, wegen Veruntreuung von Geldern. Wneschprombank steht seit dem 18. Dezember unter der provisorischen Verwaltung der »Bank Rossii«.
22.12.2015	Die russische Staatsduma verabschiedet in letzter Lesung eine Gesetzesänderung zur Terrorabwehr und zum »Schutz der Bevölkerung«. Diese räumt den Mitarbeitern des Inlandsgeheimdienstes FSB größere Handlungsspielräume ein, z. B. den Einsatz von Schusswaffen in größeren Menschenansammlungen. FSB-Einheiten sollen außerdem im Notfall auch auf Frauen, Minderjährige und Invaliden schießen dürfen, wenn es bewaffneten Widerstand gibt oder ein Terroranschlag droht. Die Gesetzesnovelle stößt bei Mitgliedern des Menschenrechtsrats und der Menschenrechtsbeauftragten Russlands auf scharfe Kritik.
22.12.2015	Das US-Finanzministerium beschließt neue Sanktionen gegen russische und ukrainische Unternehmen, darunter fallen u. a. die russischen Banken »VTB 24«, »Genbank« und »Mosoblbank«. Damit haben die USA mittlerweile gegen insgesamt 49 russische Unternehmen sowie 87 natürliche Personen Sanktionen verhängt.
23.12.2015	Der ehemalige Jukos-Chef und Oppositionelle Michail Chodorkowskij wird von russischen Stellen international zur Fahndung ausgeschrieben. Chodorkowskij soll im Fall des 1998 ermordeten Bürgermeisters der Stadt Neftejugansk, Wladimir Petuchow, Drahtzieher gewesen sein.
23.12.2015	Der Vorsitzende der türkischen pro-kurdischen Oppositionspartei HDP, Selahattin Demirtaş, wird in Moskau von Außenminister Sergej Lawrow empfangen. Demirtaş kritisiert den Abschuss des russischen Kampfflugzeuges durch die Türkei. Lawrow sagt Demirtaş und den kurdischen Kämpfern Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« zu.

23.12.2015	In Russland wird eine neue 100-Rubelbanknote herausgegeben, die der Krim gewidmet ist. Auf dem Schein sind ein Monument im Hafen der Stadt Sewastopol sowie das sogenannte Schwalbennest, eine auf Klippen gebaute Burg in der Nähe von Jalta, abgebildet.
23.12.2015	Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein umstrittenes Gesetz zur ausländischen Finanzierung der Medien. Von nun an sind alle Medienredaktionen dazu aufgefordert, die russische Aufsichtsbehörde für Telekommunikation (Roskomnadsor) über eine mögliche ausländische Finanzierung zu informieren. Der Gesetzentwurf wird insbesondere vom russischen Menschenrechtsrat beim Präsidenten kritisiert.
23.12.2015	Die Organisation »Amnesty International« beschuldigt Russland, für die Bombardierung und den Tod von mindestens 200 Zivilisten in den syrischen Provinzen Homs, Idlib und Aleppo verantwortlich zu sein. Der Bericht (< https://www.amnesty.org/en/documents/mde24/3113/2015/en/%20/ >) spricht auch von zerstörten Krankenhäusern und anderen zivilen Einrichtungen.
24.12.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt den indischen Premier-Minister Narendra Modi zu Gesprächen in Moskau. Es werden eine Reihe von bilateralen Abkommen unterzeichnet und eine gemeinsame Erklärung »Im Geiste einer vertraulichen Beziehung – hin zu neuen Horizonten der Zusammenarbeit« veröffentlicht. Im Rahmen des Besuchs findet auch ein Austausch zwischen Vertretern russischer und indischer Unternehmen statt.
24.12.2015	Die Russische Orthodoxe Kirche entlässt den Erzpriester Wsewolod Tschaplin aus seinem Amt in der Synode. Er war für die Beziehung zwischen Kirche und Gesellschaft zuständig, trat jedoch immer wieder mit sehr radikalen Äußerungen hervor. So befürwortete er z. B. eine Liquidierung von Terroristen ohne Gerichtsverfahren und ohne Gerichtsurteil.
25.12.2015	Abgeordnete der Stadtduma von Petrosawodsk entziehen der Bürgermeisterin Galina Schirschina (Jabloko) ihr Mandat, da sie »ihren Aufgaben nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist«. Schirschina kündigt an, ihre Suspendierung gerichtlich anzufechten. Sie hatte 2013 per Direktwahl ihr Mandat erhalten und sich fortan für eine Beibehaltung der Direktwahl auf kommunaler und regionaler Ebene stark gemacht.
26.12.2015	Der ehemalige Vorsitzende der Staatsduma Boris Gryslow wird von Präsident Wladimir Putin zum neuen Sonderbeauftragten für die Ukraine-Kontaktgruppe ernannt.
26.12.2015	Der 18-jährige Aktivist Wlad Kolesnikow aus Shiguljowsk (Gebiet Samara) begeht wegen andauernder Schikanen und Angriffen durch Altersgenossen und Familienangehörigen Selbstmord. Der Antimilitarist Kolesnikow hatte sich öffentlich gegen die russische Intervention in der Ostukraine und die Annexion der Krim ausgesprochen.
27.12.2015	Die russische Zentralbank führt neue Regeln für den Umtausch von Devisen ein, wenn der Betrag 15.000 Rubel überschreitet. Dazu müssen Kunden künftig nicht nur ein Ausweisdokument vorlegen, sondern auch ein Formular ausfüllen. Die Maßnahme solle der Geldwäsche und Finanzierung von terroristischen Aktivitäten vorbeugen.
28.12.2015	Die Präsidialadministration verteilt als Neujahresgeschenk an ca. 1.000 Staatsbedienstete ein Büchlein mit dem Titel »Worte, die die Welt verändern«. Das Buch enthält eine Sammlung von Zitaten des Präsidenten Wladimir Putin. Initiator und Herausgeber des 400-seitigen Bandes ist die kremlnahe Bewegung »Set« (dt.: »Netz«).
28.12.2015	Der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj veröffentlicht in seinem Blog geheimes Material zu dem neuen Mautsystem »Platon«. Darunter sind das Konzessions-Abkommen über die Nutzung des Mautsystems zwischen der föderalen Straßenbehörde »Rosawtodor« und dem Unternehmen »RT-Invest Transportsysteme«, dem Betreiber des Mautsystems »Platon«. Nawalnyj weist darauf hin, dass aus den Unterlagen hervorgehe, dass es keine öffentliche Ausschreibung für den Auftrag gegeben habe.
28.12.2015	Der russische Energieminister Aleksandr Nowak beschuldigt Saudi-Arabien aufgrund der beständigen Ausweitung der Fördermengen auf mittlerweile 1,5 Millionen Barrel pro Tag für die Destabilisierung auf dem Ölmarkt verantwortlich zu sein. Nowak fügt hinzu, dass es zu einer Restabilisierung im zweiten Halbjahr 2016 kommen könnte.
29.12.2015	Das russische Untersuchungskomitee erklärt, dass es im Mordfall Nemzow ein gesondertes Verfahren gegen den Hauptverdächtigen, den früheren Angehörigen des Bataillons »Sewer« der Truppen des tschetschenischen Innenministeriums, Ruslan Muchudinow, eröffnet. Nach Angaben des Präsidenten der Ermittlungsbehörde, Wladimir Markin, gilt er als Drahtzieher im Mordfall Nemzow. Muchudinow ist zur Fahndung ausgeschrieben, jedoch untergetaucht.
29.12.2015	Alexej Nawalnyj erklärt auf seinem Blog, dass er sechs Klagen gegen den Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka bei vier verschiedenen Moskauer Gerichten eingereicht habe. Des Weiteren leitet er rechtliche Schritte gegen die Medien ein, die Tschajkas Entgegnungen veröffentlicht hatten, u. a. »RBK«, »Echo Moskwy«, »Wedomosti«, »Dozhd«, »Kommerstant« und »Slon«. Dies sei jedoch nur eine taktische Maßnahme, um die Gerichte dazu zu zwingen, die Klagen überhaupt anzunehmen. Außerdem würde den Medien so Zugang zu verschlossenem Material verschafft, so Nawalnyj.
30.12.2015	Nach Medienangaben haben Mitarbeiter des Katastrophenschutzministeriums, insbesondere in den nordöstlichen Regionen Russlands, ihre Gehälter für November und Dezember nicht erhalten. Den Angestellten wurde angeboten, zinslose Kredite anstatt ihrer Gehälter zu akzeptieren, bis diese wieder ausgezahlt werden könnten.

30.12.2015	Die russische Menschenrechtsbeauftragte Ella Pamfilowa wendet sich an das Präsidium des Obersten Gerichts Russlands mit der Bitte, den Oppositionellen Leonid Raswosshajew, dem vorgeworfen wurde an der Organisation von Massenunruhen auf dem Bolotnaja-Platz 2012 beteiligt gewesen zu sein, freizulassen. Raswosshajew, der zusammen mit dem Führer der »Linken Front«, Sergej Udalzew, zu 4,5 Jahren Lagerhaft verurteilt worden war, war im Oktober in einen Hungerstreik getreten, um gegen eine Verlegung in eine Haftanstalt mit strengeren Bedingungen zu protestieren.
30.12.2015	Präsident Wladimir Putin, Bundeskanzlerin Merkel sowie die Staatspräsidenten François Hollande (Frankreich) und Petro Poroschenko (Ukraine) führen eine Telefonkonferenz durch. Thema der Unterredung ist die angespannte Lage in der Südost-Ukraine. Es werden Aufgaben der Kontaktgruppe erörtert, die 2016 zu der vollständigen Umsetzung des Minsker Abkommens führen sollen. Putin weist zudem auf die Konsequenzen hin, die die Implementierung eines Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU für die russisch-ukrainischen Beziehungen haben würden.
31.12.2015	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, der den Abbau von Stellen in einer Reihe von russischen Ministerien und Behörden verfügt, darunter im Katastrophenschutzministerium, Verteidigungsministerium, in den Föderalen Agenturen für militärisch-technische Zusammenarbeit und für GUS-Angelegenheiten, in der Technischen Verwaltung des Kreml und dem Föderalen Dienst für den Drogenkontrolle. Als einer der Gründe gilt die angespannte wirtschaftliche Lage im Land.
31.12.2015	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet die neue Nationale Sicherheitsstrategie Russlands < http://publication.pravo.gov.ru/Document/GetFile/0001201512310038?type=pdf >. In dem 40-seitigen Papier spielt die Verschlechterung der Beziehungen mit dem Westen seit der letzten Strategie von Mai 2009 eine zentrale Rolle. Das Papier beschuldigt u. a. die USA, Russland politisch, ökonomisch, militärisch und informationstechnologisch eindämmen zu wollen. Auch die westliche Haltung zur Ukraine und der daraus entstandene Konflikt sind zentrale Aspekte der Strategie.
31.12.2015	In seiner Neujahrsansprache dankt Präsident Wladimir Putin besonders den russischen Soldaten, die im Kampf gegen den Terrorismus ihren Dienst tun.
03.– 05.01.2016	Aufgrund eines Schneesturms ist die Fernstraße Orenburg–Orsk im Süden Russlands nicht mehr passierbar. Zahlreiche Menschen stecken stundenlang in ihren Autos fest, einige tragen Erfrierungen davon, ein Mensch kommt ums Leben. Nach Angaben von Beteiligten kommt 15 Stunden lang keine offizielle Hilfe. Die Hilfe, die dann kommt, sei zudem unzureichend gewesen. Ein Beteiligter sendet eine Videonachricht an Präsident Wladimir Putin um auf den Missstand öffentlich hinzuweisen.
04.01.2016	Die Türkei wendet sich mit einer Beschwerde über die russischen Wirtschafts-Sanktionen an die Welthandelsorganisation (WTO). Insbesondere türkische Investoren, deren Unternehmen in Russland die Tätigkeit verboten wurde, wollen gegen Russland vor internationale Gerichte ziehen.
04.01.2016	Der Chef des russischen Militärgeheimdienstes (GRU), Igor Sergun, stirbt überraschend im Alter von 59 Jahren. Medien geben als Todesursache Herzversagen als Folge von Überarbeitung an.
05.01.2016	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) fordert Russland dazu auf, 32.000 Euro Entschädigung an Jewgenij Frumkin zu zahlen. Frumkin war am 6. Mai 2012 wegen der Teilnahme an Massenprotesten auf dem Bolotnaja-Platz verhaftet worden. Er hatte jedwede Beteiligung an Auseinandersetzungen mit der Polizei bestritten. Er war nach Ansicht des EGMR 15 Tage lang unrechtmäßig inhaftiert gewesen.
06.01.2016	Der neue Präsidentenberater für Internetfragen, German Klimenko, hat Anfang Januar sein Amt angetreten. Er spricht in einem BBC-Interview von der Notwendigkeit eines virtuellen »eisernen Vorhangs«, der die Wirtschaft des »Runet«, des russischen Internet schützen und die Monopolstellungen russischer Internetunternehmen im eigenen Wirtschaftsraum sichern solle.
07.01.2016	Anlässlich des russisch-orthodoxen Weihnachtsfestes wohnt Präsident Vladimir Putin einer Weihnachtsmesse im kleinen Dorf Turginow (Oblast Twer) bei.
07.01.2016	Die Ethik-Kommission des Leichtathletik-Weltverbandes (IAAF) empfiehlt die lebenslange Suspendierung des Ex-Präsidenten der Allrussischen Föderation für Leichtathletik, Valentin Balachnitschew, sowie des Trainers Alexej Melnikow. Beiden wird Korruption vorgeworfen. Balachnitschew hatte seinen Posten wegen eines Doping-skandals in der russischen Leichtathletik bereits 2015 geräumt. Im Zuge dessen waren auch vier russische Olympiasieger disqualifiziert worden.
08.01.2016	Das finnische Justizministerium gibt der US-amerikanischen Forderung nach, den russischen Staatsbürger Maxim Senach in die USA auszuliefern. Senach war im August 2015 in Finnland festgenommen worden. Er wird verdächtigt an IT-Betrug und -Missbrauch beteiligt gewesen zu sein. Das russische Außenministerium bezeichnet den Fall als beispielhaft für »illegale Praktiken der Festnahme russischer Staatsbürger durch amerikanische Behörden in anderen Ländern.«

09.01.2016	In Belgorod wird ein Krankenhausarzt, der aus Fahrlässigkeit einen Patienten getötet hat, fristlos entlassen. Dies wird bekannt, da ein Video ins Internet gelangt, das zeigt, wie der Arzt auf einen mutmaßlich gefährlichen Patienten einschlägt, selbst als dieser bereits auf dem Boden liegt. Gegen den Arzt wird ein Strafverfahren wegen Totschlags eingeleitet.
10.01.2016	Nach Angaben der russischen Behörde für Veterinär- und Phytosanitäre Aufsicht (Rosselchhosnadsor) wird eine erste Ladung türkischer Lebensmittel vernichtet, darunter 225 Kilogramm türkische Mandarinen. Seit dem 1. Januar 2016 besteht ein Importverbot für bestimmte Kategorien von Lebensmitteln aus der Türkei nach Russland.
11.– 12.01.2016	Ein zweiteiliges Interview von Präsident Vladimir Putin mit der Bild-Zeitung, in Sotschi aufgezeichnet, wird veröffentlicht. Putin erklärt darin, dass Russland zu Kompromissen mit dem Westen bereit sei. Die Frage der Umsetzung des Minsker Abkommens als Bedingung für die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland nennt er »absurd«. Die ukrainische Verfassungsreform sei hingegen einer der zentralen Aspekte dafür. Zur Syrien-Frage erklärt Putin, dass Russland bereit sei, Baschar al-Assad in Russland Asyl anzubieten, sollte dieser sich dazu entscheiden, sein Land zu verlassen. Außerdem kündigt Putin an, dass er dieses Jahr nicht zur Münchner Sicherheitskonferenz reisen werde.
13.01.2016	Nach Angaben des stellvertretenden Ministerpräsidenten Igor Schuwalow bereitet sich die russische Regierung auf einen weiteren Einbruch des Ölpreises vor. Es sollen »Stress-Szenarien« entworfen werden, um die Auswirkungen niedriger Ölpreise (bei \$25, \$35 und \$45 pro Barrel) auf die russische Wirtschaft durchzuspielen. Im Haushalt für 2016 war die Regierung noch von 50 Dollar pro Barrel ausgegangen.
13.01.2016	Nach Angaben des russischen Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung sind die Einbußen infolge der Sanktionspolitik gegen Russland für die europäischen Staaten höher als für Russland selbst. Auf dem vom »Gaidar-Institut« organisierten »Gaidar-Forum 2016« in Moskau erklärt der stellvertretende Minister Alexej Lichatschow, dass der Schaden für die EU im vergangenen Jahr bei ca. 50 Milliarden Euro liege, während Russland nur einen wirtschaftlichen Verlust von 25 Milliarden Euro zu verzeichnen habe.
13.01.2016	Auf US-amerikanische Initiative findet erstmals seit Mitte 2015 wieder ein Telefongespräch zwischen den Präsidenten Obama und Putin statt. Hauptthemen sind die Regulierung des Ukraine-Konflikts. Auch die Situation im Nahen Osten und die Syrien-Krise werden im Hinblick auf die bevorstehenden UN-Verhandlungen in Genf angesprochen. Des Weiteren äußern beide Präsidenten Besorgnis über angebliche Atomwaffentests Nordkoreas.
14.01.2016	Die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) erklärt, dass der russische Präsident Wladimir Putin möglicherweise in den Dopingskandal russischer Leichtathleten eingeweiht war. In einem Bericht wirft die Agentur Putin vor, sich mit dem damaligen Chef des Leichtathletik-Weltverbands, Lamine Diack, gegen den mittlerweile wegen Bestechlichkeit und Geldwäsche ermittelt wird, ausgetauscht zu haben. Diack selbst habe von einer engen Freundschaft zu Putin gesprochen.
14.01.2016	Norwegen und Russland vereinbaren, dass Flüchtlinge, mit einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis oder russischen Mehrfachvisum wieder nach Russland zurückgebracht werden sollen. Bereits im Dezember hatte die norwegische Seite den Grenzübergang zum russischen Gebiet Murmansk bis auf Weiteres für alle Flüchtlinge ohne gültiges Schengen-Visum geschlossen. 2015 seien ca. 5.000 Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Irak und Iran über diese Grenze von Russland aus nach Norwegen gelangt.
15.01.2016	Präsident Wladimir Putin empfängt den griechischen Präsidenten Prokopis Pavlopoulos in Moskau. Themen der Unterredung sind die Perspektiven der russisch-griechischen Beziehungen, vor allem im Hinblick auf die im bevorstehenden Jahr geplanten russischen und griechischen Themenjahre in beiden Ländern.
15.01.2016	Der Vorstandsvorsitzende der Sberbank, German Gref, erklärt während seiner Rede auf dem Gaidar-Forum, dass Russland zu den Verlierern und zu denjenigen Ländern gehöre, die mit der globalen Konkurrenz nicht mehr mithalten könnten, da sie nicht genügend anpassungsfähig seien. Gref erfährt daraufhin harsche Kritik in der russischen Staatsduma. Mehrere Delegierte fordern seinen Rücktritt, mit der Begründung, dass der Vorsitzende einer der größten russischen Banken sich solche Äußerungen nicht erlauben dürfe.
15.01.2016	In Kaliningrad findet hinter verschlossenen Türen ein Treffen zwischen dem persönlichen Berater des russischen Präsidenten, Wladislaw Surkow, und der stellvertretenden amerikanischen Außenministerin, Victoria Nuland, statt. Es geht um den Ukraine-Konflikt. Das Gespräch dauert sechs Stunden.
15.– 16.01.2016	Aufgrund der Streichung einer Reihe von Vergünstigungen für Rentner zu Beginn des Jahres, insbesondere für öffentliche Verkehrsmittel, ziehen Hunderte ältere Menschen in der südrussischen Stadt Sotschi auf die Hauptstraße und protestieren. Ähnliche Proteste finden in der Stadt Krasnodar statt, wo demonstrierende Rentner zur Regionalverwaltung ziehen und dort Beamte zur Rede stellen. In Krasnodar werden die Vergünstigungen einen Tag später wieder eingeführt.
15.01.2016	Nach Angaben des Führungsstabs der Russischen Streitkräfte führen die in Syrien stationierten Truppen zur Zeit eine humanitäre Operation durch. Begonnen werde mit einer Hilfslieferung in die östliche Stadt Deir ez-Zor, die seit längerer Zeit von der Terrormiliz »Islamischer Staat« besetzt ist. Ein russisches Transportflugzeug wirft dort 22 Tonnen humanitäre Güter mit Fallschirmen ab.

18.01.2016	Der Ölpreis erreicht die Marke Brent einen Preis von 28 Dollar pro Barrel und damit ein neues Tief. Außerdem stürzt der Rubel-Kurs weiter ab. Der Euro wird zu einem Preis von 85,622 Rubel gehandelt, ein Höchststand seit der Schaffung des Euros. Der Dollarkurs liegt bei 78,667 Rubel.
18.01.2016	In der Republik Kalmückien filmt ein Mitarbeiter der russischen föderalen Behörde für Strafvollzug (FSIN) wie Gefängnisaufseher eines Straflagers Gefangene als »Erziehungsmaßnahme« zusammenschlagen. Ein Video-Mitschnitt wird im Internet und dann im russischen Fernsehen veröffentlicht.
18.01.2016	Der Abgeordnete des Stadtparlaments von Sankt Petersburg, Maxim Resnik, wendet sich an die russische Generalstaatsanwaltschaft mit der Bitte, Äußerungen des tschetschenischen Republikchefs Ramsan Kadyrow über die russische Opposition einer Überprüfung zu unterziehen. Kadyrow hatte in der Woche zuvor die sogenannte nicht-systemische Opposition als »Verräter« und »Volksfeinde« bezeichnet. Auch die russische Menschenrechtsbeauftragte, Ella Pamfilova, äußert sich kritisch zu den veröffentlichten Aussagen Kadyrows und fordert Konsequenzen.
19.01.2016	In ganz Russland wird das Epiphaniastfest gefeiert. In Form von rituellem Eisbaden gedenken orthodoxe Christen so der Taufe Jesus Christus. Patriarch Kirill verbietet allen Gläubigen, sich mit ihrer Stärke und ihrem Talent zu brüsten. Das Eisbaden hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem Trend und Wettkampf entwickelt.
19.01.2016	Der Internationale Währungsfonds (IWF) senkt seine Prognosen für die russische Wirtschaftsentwicklung für das Jahr 2016. In einem nun veröffentlichten Bericht wird der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts mit 1 % statt ursprünglich angenommenen 0,6 % beziffert.
19.01.2016	In Moskau findet ein antifaschistischer Gedenkmarsch für zwei im Jahr 2009 ermordete Menschenrechtler, den Anwalt Stanislav Markelov und die Journalistin Anastajja Baburowa, statt. Eine Reihe von Demonstranten wenden sich gegen die Ausbreitung des Nationalismus im Land.
20.01.2016	Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, erklärt, dass Kadyrows Angriffe auf die Opposition missverstanden worden seien, er habe sich nicht auf die gesamte Opposition bezogen. Vertreter der Oppositionspartei PARNAS äußern sich empört über die Unterstützung der russischen Führung für Kadyrow. PARNAS-Sprecher Ilja Jaschin veröffentlicht auf Facebook Dokumente, die beweisen sollen, dass in Tschetschenien Staatsbedienstete dazu gezwungen werden, an Veranstaltungen und Demonstrationen Kadyrows teilzunehmen.
21.01.2016	Das Stadtgericht Petrosawodsk erklärt die Absetzung der Bürgermeisterin Galina Schirschina durch die Stadtduma für zulässig. Eine Mehrheit der Abgeordneten hatte im Dezember für eine Absetzung der Bürgermeisterin gestimmt.
21.01.2016	Vor dem Obersten Gericht Großbritanniens wird ein Bericht zum Tod des ehemaligen KGB-Agenten Aleksandr Litwinenko vorgestellt, der 2006 in London an einer Poloniumvergiftung starb (< https://www.litvinenkoinquiry.org/files/Litvinenko-Inquiry-Report-web-version.pdf >). Nikolaj Patruschew, ehemaliger Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, sowie Präsident Wladimir Putin sollen die Tötung in Auftrag gegeben oder zumindest gebilligt haben. Litwinenkos Witwe Marina hatte sich für eine neue Untersuchung eingesetzt. Die gerichtliche Untersuchung hat jedoch keine strafrechtlichen Konsequenzen. Im russischen Außenministerium heißt es, die Ermittlungen seien einseitig geführt worden und politische Motive hätten die Untersuchungen beeinflusst.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/russland/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php